

Der Heimatsdienst



Das Ergebnis der Haager Konferenz.

Von Staatssekretär 3. D. Sehr. v. Rheinbaben, M. d. R.

Der Ausgang der Haager Konferenz hat gezeigt, daß die schwerste berufliche Tätigkeit doch wohl die eines Propheten ist. Wie oft wurde in den abgelaufenen Wochen der Abbruch der Verhandlungen, die völlige Ergebnislosigkeit der Konferenz wie überhaupt der gesamten Außenpolitik, die schärfste Krise zwischen gewissen Mächten als unmittelbar bevorstehend oder schon vorhanden gemeldet, und wie sehr hat es sich auch diesmal wieder gezeigt, daß die Wucht der Tatsachen und der Zwang zur Verständigung doch letzten Endes stärker sind als farsichtliche Reden, sensationelle Zeitungsmeldungen und habgieriger Kufhandel um einzelne Millionen. Gewiß kann auch diese Haager Konferenz noch lange nicht als wirkliche Liquidierung des Weltkrieges bezeichnet werden. Feststellen aber kann man, daß sie im Sinne und auf der Linie der seit 1924 und 1925 inaugurierten europäischen Aümärungspolitik mit bewußtem Einfluß des Faktors Deutschland eine weitere wichtige Etappe dafür ist, daß einer wirklichen und endgültigen Liquidierung des Weltkrieges in künftiger Zeit einige entscheidende und wichtige Hindernisse aus dem Wege geräumt worden sind. So grundsätzlich erhellend doch, Urteil in dieser allgemeinen Form lauten darf, so schmerzlich ist unsere Erkenntnis, daß der anfängliche Gläubigerwitz untereinander wiederum damit geendet hat, daß ganz wesentlich auf Deutschlands Rücken die finanzielle Schlußverhandlung erzielt worden ist. Der anfangs scherzhaft gemeinte Ausbruch von den „Opfermächten“, d. h. von denjenigen Staaten, die sich untereinander über die Konzeptionen einigen sollten, die zur Erfüllung der englischen Forderungen notwendig waren, hat sich fast zu hundert Prozent am Schlusse in den Begriff der einzigen großen Opfermacht Deutschland gewandelt. Auch der tiefste von der Notwendigkeit friedlicher Zusammenarbeit und friedlicher Verständigung Überzeugte wird das wenig erhebende Schauspiel, das die Verhandlungen der früheren Siegermächte untereinander und gegenüber Deutschland in den letzten Augustwochen boten, so leicht nicht vergessen können. Denn politisch und militärisch machtlos Deutschland wurden noch über die gemeinsamen Empfehlungen der Pariser Sachverständigen hinaus erhebliche finanzielle Zusatzlasten auferlegt, ohne daß berechtigten deutschen Gegenforderungen, vor allem in der Saarfrage und der im deutschen Sinne zu erzielenden Schlußregelung der Liquidationen, bisher Rechnung getragen wurde. Zum Jubel und zur Freude ist daher in Deutschland nur insoweit Anlaß, als wenigstens durch Vermittlung des Schlichters am 30. Juni 1930 die völlige Räumung des Rheinlandes gesichert worden ist. Dieser zögernd und mit allen Methoden politischen Druckes und Heilchens zustande gekommene französische Schritt ist mit dem unermesslichen Opfer der Zustimmung zum Young-Plan erkauft worden, für dessen Durchführbarkeit in Deutschland kein einigermaßen einflussreicher Politiker oder Wirtschaftler sich einzusetzen vermag. Die deutsche Politik kann nichts anderes versprechen, als den loyalen Versuch dazu — und auch er wird und muß von schweren inneren Kämpfen begleitet sein!

Im einzelnen kann bei dem bisherigen Stand der Dinge folgendes zusammenfassend über die verschiedenen Verhandlungsgebiete festgestellt werden:

Finanziell verschlechtert sich für Deutschland das Verhältnis des ungeschützten Teiles der Young-Zahlungen zu dem geschützten. Anstatt 660 Millionen jährlich, einschließlich des Betrages für Zinsen und Amortisation der sogenannten Dawes-Anleihe, hat Deutschland für die ersten zwanzig Jahre Laufzeit des Young-Plans zunächst 700 Millionen Mark, dann einen jedes Jahr etwas verminderten Betrag (Amortisation der Dawes-Anleihe) zu zahlen, der im zwanzigsten Jahre auf 670 Millionen Mark „herabgefunken“ sein wird. Erst am 21. Jahre ab beträgt dieser Teil der Young-Annullität 612 Millionen und bleibt damit im Gesamtdurchschnitt auf 660 Mil-

lionen Mark stehen. Die Frage der Besatzungsschäden wird beiderseitig niedergezogen. Für die Besatzungskosten ab 1. September zahlt Deutschland 50 Millionen Mark. In der Liquidationsfrage (Verdrängung, Freigabe des noch nicht liquidierten deutschen Eigentums, Rückgabe überschüssiger Liquidationserlöse), in der es sich speziell zwischen Deutschland und England um erhebliche Millionenbeträge handelt, ist bisher leider keine Einigung erzielt worden. Die Überschüsse, die sich aus der Differenz Young-Plan — Dawes-Plan in der Zeit vom 1. April bis 31. August 1929 im Betrage von etwa 300 Millionen Mark ergeben haben, werden völlig deutscher Verfügung entzogen und kommen in erster Linie der Befriedigung der englischen Forderungen zugute. Die Sachleistungen werden erheblich zuungunsten des deutschen Kohlenexports geändert. Im ganzen hat also der jetzt in England so gefeierte „eiserne Schatzkanzler Snowden“ durch seine zähe festgehaltene Mehrforderung für England es nicht erreicht, daß etwa Frankreich-Italien von ihren Quoten zugunsten Englands etwas nachgelassen haben, sondern die englischen Forderungen werden im wesentlichen durch deutsche Zusatzleistungen beglichen.

Die Räumung der dritten Zone des Rheinlandes (die zweite Zone, deren Räumung spätestens am 10. Januar 1930 fällig war, wird bis Weihnachten geräumt sein) soll nach Ratifizierung des Young-Planes durch Deutschland und Frankreich mit größter Beschleunigung vorgenommen werden. Der bereits genannte Termin des 30. Juni 1930 ist ein früherer Endtermin und man kann annehmen, daß die nun zahlenmäßig begrenzten, verfügbaren Besatzungskosten (außer den genannten 50 Millionen von Deutschland zahlen nach härtestmöglichen Prozentsätzen die Besatzungsmächte ebenfalls im ganzen 50 Millionen) einen gewissen Druck in bezug auf schnelle Räumung ausüben werden. Zweifellos liegt in dieser Befreiung des Rheinlandes der Haupt- und Kernpunkt der Haager Regelung für Deutschland. Auch wenn die deutsche Souveränität in erster Linie auf dem Gebiete der Wehrfrage, noch weiter nach dem Versailles Diktat beschränkt bleibt, so werden auch die schärfsten Gegner der deutschen Außenpolitik nicht leugnen können, daß die erste Vorbedingung für ein künftiges großes und freies Deutschland der Zukunft die ist, daß keine fremden Truppen mehr auf seinem Boden stehen!

In der Frage der sogenannten Rheinlandkontrolle (Commission de Constatacion et de Conciliation) ist eine juristische Zusatzregelung zu den Locarno-Schiedsverträgen von 1925 getroffen worden. Sie beruht im wesentlichen auf der These, daß es den seit Inkrafttreten der Locarnoverträge bestehenden Vergleichskommissionen zwischen Deutschland und Frankreich einerseits, Frankreich und Belgien andererseits (das bisher möglich war, innerhalb ihrer Zuständigkeits Streitigkeiten aus der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen (Artikel 42 und 43 des Versailles Vertrages) zu erledigen. Diese kommentierende Kompetenz wird im Zusatzprotokoll nunmehr ausdrücklich attestiert. Auf diesem Gebiete stehen sich in Deutschland bereits seit längerer Zeit zwei juristische Anschauungen gegenüber. Es besteht nämlich unter nichtamtlichen namhaften juristischen und politischen Persönlichkeiten die andere These, daß die in den Locarnoverträgen vorgegebene Vergleichskommission ebenso wie entsprechende Kommissionen in Schiedsverträgen mit anderen Staaten, lediglich die Kompetenz allgemeinerpolitischer und beiderseitig gemeinter Schlichtung hat, keineswegs aber das Sonderrecht der „arbitrage et constatation“ am Rhein, wie es von dem französischen Ministerpräsidenten Briand in seiner Schlussrede im Haag ausdrücklich für den französisch-belgischen Beschwerdebefall in Anspruch genommen wird.

Wie steht es nun neben den wichtigsten Einzelheiten der Haager Übereinkunft mit der gleichzeitigen Entwicklung der

„großen Politik“? Ist es richtig, daß durch das energische Auftreten des englischen Delegierten Snowden eine „neue Epoche“ in der europäischen und Weltpolitik eingeleitet worden ist? Ist die Entente zwischen England und Frankreich wirklich tot und kam von dem stärkeren Betonen englisch-egoistischer Interessen indirekt eine Entlastung für das deutsche Streben nach vermehrter politischer Geltung erhofft werden? Auch die Beantwortung dieser Fragen steht noch mitten in der Erörterung der internationalen Welt. Vor verfrühten Hoffnungen und etwa neuen Illusionen zu warnen, ist Pflicht objektiver Berichterstattung und Urteilsbildung. Fürs erste ergibt sich bezüglich Deutschlands das bereits gekennzeichnete Bild: Finanzteil hat die veränderte Handlungsartikulation des nachmachtlosen, in dieser Beziehung vom Ausland abhängigen Deutschland neue Befassung gebracht. Eine Veränderung in der gesamten politischen inneren Konstitution und Dynamik der europäischen Politik durch Englands neue Außenpolitik erscheint in Wahrheit keineswegs so sicher, wie sie von optimistischen Beurteilern eingeschätzt wird. Die Lösung in der arabischen Welt, die sich gerade augenblicklich in Palästina zeigt, und manche anderen Probleme der großen Politik, z. B. das Abrüstungsproblem, werden immer erneut auf enge Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich dringen. Auf der anderen Seite kann nicht verkantet werden, daß eine etwaige Flottenverfälligung zwischen England und Amerika, verbunden mit stärkerer Betonung rein nationaler britischer Interessen, von welttragender Bedeutung für die künftige Einstellung Englands zu Problemen der europäischen Kontinentalpolitik sein könnte. Am besten wird man dem vorläufig ersichtlichen Zustand gerecht, wenn man ihn mit „Auf- und ab“ für Deutschland besonders ungünstigen Lage in den Jahren 1927 und 1928 bezeichne. Auch unter möglichen künftigen weltpolitischen Neuorientierungen bleibt jedoch Deutschlands Lage nach wie vor schwierig, da immer wieder die Befahr besteht, daß ähnlich wie unter dem Druck

der verhandlungsmüden Haager Konferenzteilnehmer in den letzten Tagen sich eine einheitliche Front der Gläubiger bzw. Sieger im Weltkrieg gegen das schwache Deutschland bildet. Umgekehrt wird es also noch mehr wie bisher und mit den durch den Haag verbesserten und vergrößerten Möglichkeiten Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein müssen, an die Stelle der Einheitsfront gegenüber Deutschland eine Lage zu setzen, in der Solidarität und Gemeinsamkeit der Interessen eine größere Berücksichtigung berechtigter deutscher Lebensforderungen gewährleistet, und zweifellos werden hier die Vereinigten Staaten von Amerika ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben.

Es wird noch viele Wochen dauern, bis die nunmehr eingeleiteten Organisationsfortschritte für die Internationale Bank, den Status der Reichsbahn und die anderen noch ungelösten Fragen ihre Arbeit beendet haben und die Parlamente mit der Ratifizierung der Gesamtabmachungen befaßt werden. Es wird vor allem noch einer ganz besonderen Aufregung der deutschen Außenpolitik bedürfen, um eine erträgliche Regelung der Saarfrage zu erzielen, die einer Mehrheit des Deutschen Reichstages die nur schweren Herzens zugegebene Zustimmung zum Inkrafttreten des Young-Planes ermöglichen kann. Es wird und darf aber keinen verantwortlichen Politiker und Wirtschaftler in Deutschland geben, der sich nicht darüber klar ist, daß zwar mit der Befreiung des deutschen Bodens von ehemals feindlicher militärischer Besatzung der außenpolitisch wichtigste Schritt in der Nachkriegszeit zu neuem Wiederaufstieg getan wird, daß jedoch der wahre Wiederaufbau Deutschlands gebunden ist an die Verständigung im Innern des Reiches, an eine erziehlige Arbeitsgemeinschaft der Länder und an eine Volksgemeinschaft, die in vaterländischer Einsicht zusammenfügt, was rein materiellen Instinkten nach auseinander strebt und gegeneinander steht.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung.

Von Reichsarbeitsminister Rud. Wissell.

Das Jahr 1927 war im Gegensatz zu dem vorangegangenen Jahre 1926 ein Jahr besserer Konjunktur. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge, die im Monatsdurchschnitt des Jahres 1926 rund 1 682 000 betrug, belief sich im Durchschnitt des Jahres 1927 auf rund 857 000. Mitte Januar 1927 wurden zwar noch rund 1 840 000 Erwerbslose unterstützt. Dann aber fiel die Zahl, entsprechend der rapiden Besserung des Arbeitsmarktes, ständig und betrug am 1. Oktober 1927, als das WVA in Kraft trat, nur noch 555 000. Das erste Jahr der Reichsanstalt begann also unter günstigen Bedingungen. Der Winter 1927/28 brachte aber bald eine starke Inanspruchnahme der neuen Versicherung, und im Jahre 1928 hielt die Konjunktur des Vorjahres nicht an. Die durchschnittliche Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug im Jahre 1928 rund 890 000; schon Ende Juli war mit 564 000 der günstigste Stand erreicht. Seit dieser Zeit stieg die Arbeitslosenzahl. Sie erreichte, insbesondere infolge des abnormen Winters, Ende Februar 1929 die gewaltige Höhe von 2 461 000 unterstützten Arbeitslosen, ohne Arbeitsunterstützung und ohne Notstandsarbeiter. Heute werden etwa rund 720 000 Arbeitslose von der Versicherung unterstützt. Ob sich diese Zahl im laufenden Jahr noch senken wird, steht dahin. Die verhältnismäßig gute Konjunktur des Jahres 1928 brachte es mit sich, daß die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt im ersten Jahre ihres Bestehens sich etwa die Wage hielten. Ein rednerischer Selbstbetrug von 14 Millionen trat nicht in Erscheinung, da die Anstalt noch über die Morgengabe des Reichs und über rückständige Einnahmen aus dem Jahre 1927 verfügte. Sie konnte in den Winter 1928/29 mit einem Notlohn von 109 Millionen RM. treten, der allerdings im Januar 1929 aufgebraucht war. Seitdem war die Anstalt genötigt, Darlehen des Reichs in Anspruch zu nehmen, die sich bis heute auf rund 265 Millionen belaufen. Der Versuch, die

befondere Belastung, die der Anstalt alljährlich durch die berufsübliche Arbeitslosigkeit im Winter entsteht, durch die Sonderfürsorge zu beheben, entlastete zwar die Reichsanstalt, verursachte aber dem Reich einen Aufwand von rund 105 Millionen. Die schlechte Finanzlage der Anstalt, die mit der gespannten Finanzlage des Reichs zusammenfällt, gab den Anlaß zu einer Überprüfung des Gesehes, als deren Ergebnis jetzt die Reichsregierung dem Reichsrat und — zur informatorischen Besprechung — auch dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages einen Abänderungsentwurf vorgelegt hat. Der Entwurf versucht die Sanierung der Anstalt auf drei Wegen, einmal durch Beseitigung von Mißbräuchen und Mißständen, sodann durch Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung und des Verfahrens und endlich speziell durch Kürzung von Ausgaben und die Vermehrung der Einnahmen.

Als ein Mißstand hat es sich insbesondere erwiesen, daß das Geseh den Begriff der Arbeitslosigkeit nicht definiert hat. Zwar hat Praxis und Rechtsprechung versucht, diese Lücke auszufüllen. Das fehlen einer klaren Begriffsbestimmung hat aber trotzdem zu einer Reihe von Mißbräuchen geführt, die sich vor allem darin äußerten, daß Personen, die nach ihren gesamten Verhältnissen keine eigentlichen Arbeitnehmer waren (Kausfleute, selbständige Handwerker, Landwirte usw. und deren Angehörige), vorübergehend eine Beschäftigung als Arbeitnehmer aufnehmen, um sich die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung zu erwerben. Der Entwurf bestimmt deshalb in Anlehnung an einen Vorschlag im Entwurf zu dem geltenden Geseh, daß arbeitslos nur ist, wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender erwirbt oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes

erwerben kann oder im Betriebe von näher bezeichneten Angehörigen den gemeinsamen Lebensunterhalt mitverdiert oder mitverdiert kann, falls ihm dies billigerweise zugemutet werden kann. Dabei werden bei der Frage der Zumutbarkeit die gesamten Verhältnisse der Beteiligten, insbesondere das Bestehen eines gemeinschaftlichen Haushalts, eine erhebliche Rolle spielen müssen. Der Entwurf bestimmt auch ausdrücklich, daß geringfügige Beschäftigungen allgemeinen und unsfähige Beschäftigungen grundsätzlich versicherungsfrei sein sollen, wodurch der Mißstand beseitigt werden soll, daß Personen durch noch so geringfügige Arbeit sich die Anwartschaft auf die Unterstützung erwerben, obwohl sie vielfach während dieser Arbeit selbst Unterstützung bezogen. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorschläge, wonach für Heimarbeiter und Hausgemerbetreibende von der allgemeinen Regelung abweichende Bestimmungen erlassen werden können, und ferner die Anregung, daß bei Beschäftigungen, die ohne Kurzarbeit zu sein, nur einen Bruchteil der normalen, wöchentlichen Arbeitsstunden in Anspruch nehmen, die Berechnung der Anwartschaft besonders geregelt wird. Volksschulpflichtige Kinder sollen in Zukunft versicherungsfrei sein. Die Vorschriften über Sperrfristen werden elastischer gestaltet. Sperrfristen sollen allgemein in milden Fällen auf zwei Wochen abgekürzt, in schweren, insbesondere in Wiederholungsfällen bis auf acht Wochen verlängert werden können. Arbeit, die während der Sperrfrist geleistet wird, soll in gewissem Umfange angerechnet werden, die Sperrfrist selbst soll nach Ablauf von sechs Kalendermonaten überhaupt „verjährt“ sein. Die Arbeitgeber sollen verpflichtet werden können, bestmögliche Arbeitsplätze dem Arbeitsamt zu melden; bei unrichtigen Entlassungsbescheidungen sollen sie schadensersatzpflichtig und unter Umständen strafbar sein. Die Auskunftsspflicht gegenüber dem Arbeitsamt wird erweitert, falsche Auskünfte unter Strafe gestellt. Um vielfach unbillige Zufallsereignisse zu vermeiden, soll sich die Zugehörigkeit zu einer Lohnklasse nach dem Arbeitsentgelt der letzten sechs Monate (bisher drei) richten. Beim Auseinanderfallen von Arbeits- und Unterstützungsort soll die Höhe der Unterstützung dem Lohnniveau des Unterstützungsortes angeglichen werden.

Der Vereinigung der Verwaltung soll u. a. eine Neuordnung des Befreiungsverfahrens dienen. In den Fällen, in denen nach der Ansicht des Gesetzgebers eine Beschäftigung versicherungsfrei sein soll (Sand- und Forstwirtschaft, Fischerei, Binnen- und Seefischerei), tritt die Versicherungsfreiheit in Zukunft kraft Gesetzes ein. Die Anzeige der Beteiligten soll nur noch deklaratorische Bedeutung haben. So war es möglich, das Verfahren erheblich zu vereinfachen und klare Verhältnisse zu schaffen. Weitere Vorschläge in dieser Richtung sind folgende: Die Verwaltungsausschüsse bei den Landesarbeitsämtern und der Verwaltungsrat der Reichsanstalt sollen nicht mehr wie bisher mindestens einmal im Vierteljahr zusammenzutreten müssen, ohne Rücksicht darauf, ob genügend Beratungstoff vorliegt oder nicht; durch übereinstimmenden Beschluß soll auf den Zusammentritt verzichtet werden können; die Möglichkeit, weniger wichtige Entscheidungen den Unterausschüssen zu übertragen, wird erweitert. Die Spruchkammern (bisher bei den Landesarbeitsämtern) werden in Zukunft bei den Oberversicherungsämtern gebildet, wie dies heute schon in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung der Fall ist. Die Zahl der Berufungen

soll dadurch vermindert werden, daß Entscheidungen des Vorstehenden, die der Spruchauschuß einstimmig befähigt, endgültig sein sollen. Bei Befragung von Stellen soll die Reichsanstalt nicht mehr gezwungen sein, neue Kräfte einzustellen, wenn geeignete Personen innerhalb des vorhandenen Personals zur Verfügung stehen.

Beseitigung von Mißständen und Mißbräuchen sowie Vereinigung und Verbilligung der Verwaltung werden sich zweifellos zugunsten der Finanzlage der Anstalt auswirken. Es ist aber nicht möglich, die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen auch nur annähernd zu schätzen. Deshalb läßt der Entwurf bei dem Bestreben, die Ausgaben und Einnahmen der Anstalt ins Gleichgewicht zu bringen, diese Auswirkungen außer Betracht. Um sich über den zukünftigen Geldbedarf der Anstalt ein Bild machen zu können, mußte versucht werden, die voraussichtliche Zahl der Arbeitslosen der nächsten Jahre zu schätzen. Der Entwurf folgt hierbei dem Gutachten der Sachverständigenkommission, die mit allen gegen zwei Stimmen die Zahl von 1 100 000 unterfertigten Arbeitslosen als eine geeignete Grundlage angesehen hat. Diese Zahl entspricht etwa dem Durchschnitt der Zahl der unterfertigten Arbeitslosen in den Jahren 1926, 1927 und 1928. 1 100 000 Unterfertigte erfordern nach den Erfahrungen des letzten Jahres einen Gesamtaufwand von 1 119 Millionen RM. im Jahre, denen an Einnahmen zunächst nur 840 Millionen gegenüberstehen. Der verbleibende Fehlbetrag von 279 Millionen RM. im Jahre soll nach dem Vorschlag des Entwurfs wie folgt gedeckt werden: Die Wartepost in Zukunft bei Arbeitslosen mit vier und mehr zufolgsberechtigten Angehörigen drei Tage, bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei Angehörigen sieben Tage, bei Alleinlebenden vierzehn Tage betragen. Durch diese Änderung wird eine Ersparnis von 25 Millionen RM. erbost. Es sollen ferner in Zukunft Pensionen und Wartegelder auf die Unterstützung ganz, Sozialrenten in begrenztem Umfange angerechnet werden (Kriegsbeschädigtenrenten bleiben frei). Hierdurch werden Einsparungen in Höhe von 16 Millionen RM. erwartet. Durch Herabsetzung der Beiträge an die Krankenkassen sollen etwa 50 Millionen erspart werden. Endlich soll die Unterfertigung der berufsunfähig Arbeitslosen, die nicht mehr als 52 Wochen ununterbrochen beschäftigt waren, während der berufsunfähigen Arbeitslosigkeit in den Klassen VII bis X nach den Sätzen der Klasse VI, in der Klasse XI nach den Sätzen der Klasse VII berechnet werden — Ersparnis 21 Millionen RM. — Die weitergehenden Vorschläge der Kommission, eine Staffelung aller Unterfertigungen nach der Dauer der vorausgegangenen Beschäftigung vorzunehmen und bei Saisonarbeitslosen die Wartepost noch weiter zu verlängern, hat der Entwurf nicht übernommen. Die Einsparungen betragen also im ganzen 92 Millionen RM. Weitere 140 Millionen RM. sollen durch eine Erhöhung der Beiträge um einhalb v. H. erzielt werden, die zunächst bis zum 31. März 1931 befristet sein soll. Die Entscheidung der Frage, wie der noch verbleibende Fehlbetrag von 47 Millionen RM. und der besondere Bedarf des Winters 1929/50 gedeckt wird, hängt von der weiteren Gestaltung des Entwurfs in den Verhandlungen des Reichsrats und Reichstags ab. Die Kommission hat vorgeschlagen, daß die bisherigen Darlehen der Anstalt bis zum 1. April 1935 zinsfrei gesundet werden. Hierüber ist im Verwaltungswege zu entscheiden.

Deutscher Geist:

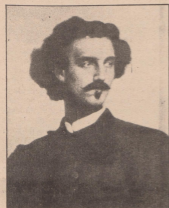
Anselm Feuerbach / Zum 100. Geburtstag am 12. September.

Von Oberregierungsrat Werner Peifer.

Die Familienforschung, die sich derartiges nicht gern entgegen läßt und die ihre tatsächliche Berechtigung aus vielfältiger Aufhellung sonst unklarer Zusammenhänge herleitet, mag hier triumphieren: Anselm Feuerbach, dessen 100. Geburtstag wir uns am 12. September erinnern, entstammt einer Familie, die große Persönlichkeiten zu ihren Mitgliedern zählt: den Großvater Anselm, den Juristen, dessen Leistungen auf dem Gebiet der Kriminalistik die inter-

nationale Rechtsgeschichte rühmend nennt, den Onkel, Ludwig Feuerbach, den materialistischsten Zergliederer des Christentums und dessen vielleicht gefährlichsten Gegner vor Nietzsche, der aus entscheidendem Einfluß auf das Denken eines Marx und Engels war, zu Schweigen vom Vater und anderen Familienmitgliedern geringeren, doch nicht unerheblichen Ranges. Für uns aber, die wir keine wissenschaftliche Darstellung, sondern eine erklärende Skizze seiner Persönlichkeit

nur geben wollen, verläuft die Linie anders: sie beginnt im Griechenland des Plato, verläuft über das Klassische Rom und mündet in der Wiederentdeckung, in der Neubelebung der Idee „Italien“ durch Goethe und das nachgoetheische Zeitalter. Der Kunsthistoriker Wilhelm Hausenstein spricht einmal von Feuerbachs „Ideenhaftigkeit



Selbstbildnis

eines platonischen Menschen“, und Ulde-Bernays erwähnt in seiner ausgezeichneten Feuerbach-Monographie (Insel-Verlag 1922) das Wort des Künstlers: „Rom ist mein Schicksal geworden.“ Es wurde kein Schicksal in dem Sinne, wie es das Schicksal Goethes wurde, indem es ihm Klarheit brachte über Wesen, Aufgabe, Sinn und Bestimmung seiner Persönlichkeit, eine Aufklärung, die ihm, dem 26jährigen, die Tizian-Stadt Venedig nicht zu geben vermocht hatte.

Drei Frauen bestimmen das Leben dieses Menschen und geben ihm zugleich die künstlerische Formung: die Stiefmutter Henriette, deren herrliches Bild aus des Malers Spätzeit (1877) die Berliner Nationalgalerie besitzt, Anna Risi, die römische Freundin, deren Jüge er wieder und wieder auf seinen Bildern festhält, fast wie Rubens einst die Jüge der Helene Fourment, und Lucia Bernacci, die ihm zur Freundin wird, nachdem Anna ihn verlassen hat. Der Einfluß der Mutter ist von unerhörter Tiefe. Sie wird ihm in einer Zeit gerecht, in der die wenigen Freunde sich abwenden, Deutschland in eisigem Schweigen verharrt.



Verhagente

Sollten hier die einzelnen Stationen dieses Paffionsweges gezeigt werden? Verfolgen wir die äußere Geschichte des Lebens Anselm Feuerbachs, so spielt sich ein edel deutsches Schicksal vor unsern Augen ab. Bescheiden sind die Verhältnisse, in denen der Sohn des Speyerer Gymnasiallehrers aufwächst. Not und Elend aber werden seine händigen Gefährten von dem Augenblick an, da der 16jährige sich für die Künstlerlaufbahn entscheidet und nach Düsseldorf geht. Glänzliche Tage folgen in München, Antwerpen, die herrliche Kunststadt und Heimat des Rubens, bringt sein Befehntnis zum Handwerkertiden in der Kunst: „Kein Ort wie Antwerpen ist mehr geeignet, so recht begreifen zu lehren, wieviel Handwerker der Schüler sein muß, und daß dann, nach vorhandenem Meißerbrief erst der Geist kommt, der ihn vor den anderen auszeichnet und wält.“ Paris, Karlsruhe, Rom, die nächsten Etappen, und Rom als Höhepunkt, werden Zeugen händig wachsender Not. Hier ist Feuerbach nicht mehr insandte, Modelle zu bezahlen und muß spielende Kinder beobachten, um Vorbilder für seine Amouretten zu gewinnen. Den tiefsten Rückschlag bedeutet Wien, das Hohn



Henriette Feuerbach



Niccolò di Tivoli

und Spott nur für den Künstler aufbringt. Erneut flüchtet er in die Einjamkeit Venedigs, und hier stirbt er am 4. Januar 1880, wenige Monate nach seinem 50. Geburtstag, im Albergo Luna. Eine Marmortafel am Eingang des Hotels gibt heute noch Kunde von seinem tragischen Ende.

Ein typisch deutsches Schicksal auch darin, daß das dankbare Vaterland noch im Frühjahr des gleichen Jahres eine Ausstellung seiner Werke in Berlin veranstaltet. Man beginnt zu begreifen, daß mit Feuerbach der letzte große

Deutsch-Römer dahingegangen ist. Man beginnt zu begreifen, daß inmitten der Spießerhaftigkeit und des Kleinbürgertums, wie es im deutschen Biedermeier vielfach verkörpert war, ein Riese sich hier zum letzten Male emporgerackt hatte, der das gelobte Land der Antike sah, wie es die besten Geister des deutschen 18. Jahrhunderts gesehen hatten: im Eden seines Inhalts, in der Reinheit seiner Form, in der Klarheit seiner Linie. Und so möge die Gegenwart sich das Gedemte an Feuerbach bewahren.

Moses Mendelssohn / 200 Jahre am 6. September.

Von Dr. Harold Berg.

Von den beiden Freunden Lessings, Friedrich Nicolai und Moses Mendelssohn, war der letztere der weitaus bedeutendere. Wurde Lessing von Nicolai zu mancherlei Arbeiten angeregt, so verdankt er Moses Mendelssohn die Vertiefung und geistige Fundamentierung seines philosophischen Weltbildes. Nicht umsonst hat er dem Freund in der Gestalt des Nathan ein unvergängliches Denkmal gesetzt, ein Denkmal, das nicht nur als Abwehr antisemitischer Hetze, sondern auch als Ausdruck freundschaftlicher und dankbarer Empfindungen betrachtet werden muß.

Moses Mendelssohn wurde am 6. September 1729 als Sohn eines armen jüdischen Lehrers in Dessau geboren. Die Natur hatte ihn zwar mit einem kranken, verkrüppelten Körper, aber einem um so schärferen Verstand ausgestattet. 14jährig kam er nach Berlin, wo er sich unter größter Mühe und drückender Armut die deutsche Schriftsprache und das Lateinisch aneignete. Daneben studierte er neuere Sprachen, Mathematik und Philosophie. 1750 erhielt er endlich eine Hauslehrerstelle bei einem reichen jüdischen Kaufmann und wurde später dessen Buchhalter und Geschäftsteilnehmer. Die Bekanntschaft mit Lessing förderte seine erste Schrift, die „Philosophischen Briefe“ an den Tag. An mehreren Schriften hat er enghing mitgearbeitet, so u. a. auch an den „Berliner Literaturbriefen“, in denen manches trefflichere Urteil über



ästhetische Fragen steht. Sein bedeutendstes Werk war der „Phädon, oder über die Unsterblichkeit der Seele“ (1767). Im Urteil der Zeitgenossen rückte ihn dieses Werk an die Seite des großen Sokrates. Noch aus dem Jahre 1819 kennen wir einen Stich, auf dem Sokrates und Mendelssohn nebeneinander abgebildet sind. So sehr sich die Stürmer und Dränger später über die Popularphilosophie und Nicolai lustig machen wollten, Moses Mendelssohn wagten sie nicht zu verunglimpfen. Seine vornehme Gesinnung, sein milder Ernst machte auch auf die Zwanzigjährigen Eindruck.

Moses Mendelssohn hat kein eigentliches System hinterlassen. Als edler Popularphilosoph nimmt er da und dort Anregungen auf und überlegt sie in seine eigene gemeinverständliche Sprache. Wie Wolff das Werk Leibniz', so verbreitet er Platonische Gedankengänge in Deutschland. Mit Lessing trifft er sich im Kampf gegen den französischen Materialismus. Kant hat in seiner „Kritik der Urteilskraft“ manche Gedanken Mendelssohns übernommen. Schüler ästhetische Untersuchungen sind ohne seine tiefdurchdringenden Analysen nicht denkbar. Lessings „Dramaturgie“ und der „Kacoon“ sind an seinen klaren Definitionen gewachsen.

Freunde seiner Philosophie sind heute bemüht, seine verstreuten Schriften zu sammeln.

Eduard Mörike / Zum 125. Geburtstag am 8. September.

Von Dr. Paul Herzog.

Aber dem Marktplay von Ludwigsburg lag ein merklicher Friede, als der Oberamtsarzt Karl Friedrich Mörike seinen erstreuten Wittibergern die Kunde bringen konnte, daß ihn eben ein zweiter Sohn geboren sei. In seinen Kalender aber schrieb er voll Stolz „ein starker Sohn“, und die Mitwelt bezeugt, daß das Kind auffallend schön gewesen ist, blaue Augen und einen blonden Lockenfopf hatte, ein weiches und zartes Gemüt, das mit niemand in Streit geriet. Eduard — so war sein Name — wuchs heran, nicht eben als ein sehr ehrgeiziger Schüler. Schon als Kind freundlich und zuvorkommend gegen jedermann, hing er mit abgöttischer Liebe an seiner schönen und ebenso gütigen Mutter und gewann ein besonders inniges Verhältnis zu seinen beiden älteren Geschwistern, Karl und Luise. Aber der Stern, unter dem die Mörikes geboren wurden, war ein Abendstern. Sie hatten alle Gaben des Geistes, schon von den Urahren her, liebten das Leben, hingen mit rührender Einsicht an der Natur, aber sie wurden nicht alt — der Schlagfluß verfolgte ihr Blut. Nachdem Eduard vier weitere Geschwister geboren waren, legte sich der Vater auf das Krankenbett und stand nicht mehr davon auf. Eduard war gerade dreizehn Jahre alt.

Mit dem Tode des Vaters tritt eine Veränderung in des Kindes Leben ein. Die Mutter war nicht imstande, für die Ausbildung des Jungen aufzutommen und war darum froh, als ihn der Oheim, der Präsident von Georgii,

zu sich nach Stuttgart nahm. Nachdem man übereingekommen war, Eduard Pfarrer werden zu lassen — ein in der Familie fast ebenso verbreiteter Beruf wie der des Arztes — brachte die Mutter ihren Sohn im Herbst 1818 nach Urach auf die dortige Klosterpfalz, wo Mörike vier Jahre verblieb.

Hier in Urach gediehen wohl seine ersten dichterischen Anlagen — aus Fangeweile und Sehnsucht nach einem kleinen Mädchen, seinem Bischen Cläre Neuffer. Freundschaft verband ihn mit dem begabten, aber unglücklichen Dichter Waiblinger, der ihm in mancher Herzenslage Rat schaffen mußte. Kaum in Urach eingeliefert, befiel den angehenden Theologen ein schweres Scharlachfieber, das ihm ein schweres Augenleiden zurückließ. Außerdem litt er an heftigen Rheumatismuskämpfern, die ihn oft an das Bett fesselten. Das franke Blut seiner Ahnen schien auch Eduard kein langes Leben gönnen zu wollen. Im Herbst 1822 verließ er die Klosterpfalz, nicht gerade als ausgezeichnete Abiturient. In der Lokation hatte er es auf den 33. Platz unter 41. Schülern gebracht. Aber in Poesie und Deklamation bekam er eine allgemeine Anerkennung.

Es folgen vier Jahre auf der Tübinger Universitätsfakultät, in denen er oft mit tiefer Sehnsucht nach Urach zurückdachte, an seiner „Liebe Wunderneß“, wie er es selber

nannte. Mörike hatte keine große Neigung zu dem Theologieberuf. Die kirchliche Dogmatik ließ ihn gleich unbefriedigt wie die strenge Philosophie. Er lebte in einem anderen Reich, in Träumen und einer beschauflichen Lebensbetrachtung, die ihn zur dichterischen Gestaltung seiner ebenso phantastischen wie naturempfindenden Gesichte trieb. In die Tübinger Zeit fällt das Peregrina-Erlebnis, jene verzehrende und qualvolle Liebe zu einer Fremden, die von dem Schleier einer unbekannteren Herkunft umhüllt, Märtyrerin eines magischen Glaubens, das Herz des Jünglings in dem Sturm gefangen nahm. Sein Zustand war so, daß Mutter und Schwester ernstlich für sein Leben fürchteten. Das innere Feuer schien das eben nicht sehr ausdauernde Lebenslicht aufzehren zu wollen. Zu allem Unheil starb jetzt auch sein Bruder August mit achtzehn Jahren an einem Schlaganfall. Krank lag er selber danieder, und die heißgeliebte Schwester Luise rüstete sich ebenfalls zum Sterben.

Alle diese Ereignisse und den bald eintretenden Tod seiner Mutter muß man berücksichtigen, um den wehmütigen Ton und die triste Melancholie mancher seiner Dichtungen verstehen zu können. Nein, es läßt sich sogar fragen, ob nicht auch in den hellsten und humorvollsten Dichtungen Mörikes ein Zug dieser leisen Traurigkeit mitschwingt, kaum spürbar, mit keinem Wort zu erfassen und doch vorhanden in dem stillen Abklingen der Verse und der innigen Teilnahme, mit der er das Leben in jedem Wesen entdeckt.

Mit 22 Jahren wird Mörike zum Vikariat zugelassen. Auf die acht Lehrjahre in Urach und Tübingen folgen jetzt auch ebenso bewegte Wanderjahre, die den jungen Theologen von einem Gehirnsneß in das andere treiben. Seine Gesundheit wird nicht gestärkt dadurch. Aber immer mehr fühlt er sich hingezogen zur reinen Dichtung. Und dieser unruhigen und unlustigen Zeit entstieg denn auch seine romantischste Dichtung „Maler Nolten“, in der er sein eigenes Leben absondert. Von einem entusiasmierten Freund wurde sie früh mit Goethes „Wilhelm Meister“ verglichen, aber sie ist in ihrem Wesen viel irrationaler, viel mystischer. Sie schließt an die Romantik an. Alles Unbewußte im Menschenleben wird dem Dichter zum Gegenstand seiner Verfenkung. Alles, was in die Natur zurückweicht und an Intuition zürht, ist ihm heilig. Selber ein Wanderer im Anstich des Todes, hat der Dichter aus voller Seele das Recht des reinen Instinktes Lebens über den kalten Verstand behauptet.

Dann endlich, im Jahre 1834, erhält er auch durch die Auflösung seines Verlobnisses für seine Rau der neue Begriffe eine eigene Pfarrei. Cleverfuhbach, die schönste Zeit seines Lebens, die ihn zwar viel auf dem Kronenlager sah,

aber doch auch durch viele schöne Stunden entschädigte. Die Hoffnung, die „diegetreue“ ruft er an:

„Ach, nur einmal ohne Schmerzen
Schließe mich in deinen Arm!“

Und es scheint, wie wenn der Himmel selber ein Einsehen gehabt hätte — langsam stellte sich eine Besserung in seinem Aidenleiden ein, ohne freilich ganz beboben zu werden. Der Arzt rät zur Pensionierung, und im Herbst 1843 verläßt Mörike Cleverfuhbach nach neunjähriger Amtszeit mit einer Pension von 280 Gulden oder 486 M.

1851 finden wir den unterdessen verheirateten Dichter in Stuttgart am Katharinenstift, wo er als Deutschlehrer fünfzehn Jahre wirkte. Er hält öffentliche Vorträge und wird von jung und alt schwärmerisch verehrt. Die Herausgabe seiner Gedichte hat seinen Ruhm als Dichter begründet, und als dann gar seine reinste und abgeklärteste Dichtung erschien, „Mozart auf der Reise nach Prag“, begann sein Ruhm auch weit über die Grenzen Schwabens hinauszudringen. Ehrungen kamen aus allen deutschen Gauen. Gelehrte Dichter traten mit ihm in Briefwechsel, die größten Maler seiner Zeit bemühten sich um Illustrationen zu seinen Werken. Seine Idyllen und Märchen wurden dadurch erst recht heimisch im Volk, und viele seiner Gedichte wurden zum unverlierbaren Bestand des deutschen Volksliedes.

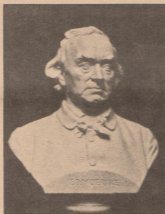
Als es auf den Tod ging, da hatte er einen großen Kummer:

„Ach, das ist nicht recht, wenn man einem sein bißchen Ehre nicht lassen will.“ Darauf die Schwester: „Aber du hast doch keinem seine Ehre geschmälert.“

„Nein, keinem! Aber wenn man einen dann über Umland stellen will, das ist noch ärger, weil es gewiß nicht wahr ist.“

Das ist der echte Mörike. Er, der nie Ruhm gesucht hat, fordert dichtet, weil es ihm aus der Seele kam, dem fiel nun auf dem Sterbebette ein, daß ihn Heinrich Kurz über Umland gestellt habe. Das wollte er noch bereinigen. Als er am 4. Juni 1875 seinen Geist aufgab, war nicht nur ein großer Dichter, sondern auch ein noch viel größerer Mensch aus dem Leben geschieden.

Friedrich Theodor Vischer rief dem Freund ins Grab nach: „Hinabgefunken ist dein Irdisches und du bist ganz Geist geworden und wehest unkörperlich im Weiten, in den Geisten und Herzen der Menschen!“ Auch für uns gilt, was Theodor Vischer gesagt hat: Edward Mörike lebt mitten unter uns, und von seinem hohen Geist werden alle berührt, die ihn nahetreten.



Die Zukunft Sowjetrußlands.

Von Adolf Grabowsky.

Im zweiten Maiheft dieser Zeitschrift erörtert Dr. R. v. Ungern-Stenberg die Lage in Sowjetrußland und stellt am Schluß eine Prognose. Er meint, es fehle der kommunistischen Partei an Einmütigkeit und Geschlossenheit und es habe auch die Werkbkraft des Systems nachgelassen. Auf der anderen Seite siehe eine größere Aktivität der Dorfbourgeoisie. Man werde also den Bauern gegenüber immer nachgiebiger sein müssen, damit aber sei die Richtung auf eine Bauerndemokratie vorgezeichnet.

Ich komme soeben aus Rußland zurück — ich war das dreimal dort im Laufe weniger Jahre — und bringe eine ganz andere Meinung mit nach Haus. Auch ich habe einmal auf die Bauerndemokratie gewettet, die reale Entwicklung aber verläuft anders. Würden die führenden Leute den Weg eines

Entgegenkommens an die größeren Bauern gehen, so würden sie damit zunächst eine Menge Schwierigkeiten vermeiden. Solche Opportunismuspolitik ist die typische Politik für Europa und es ist sehr charakteristisch, daß Europa immer wieder diese Methode auch von Sowjetregime erwartet. Dies Regime aber ist mit einer bestimmten Idee ins Leben getreten und es glaubt fest, daß es auch die Verpflichtung habe, diese Idee zu verwirklichen. Es meint, daß die Sowjetunion nicht umsonst in ihrem Namen das Wort sozialistisch trage und es scheint ihm, daß das rote System seine Erstgeborenen überhaupt verliere, wenn es nicht planmäßig auf den Sozialismus losverriere.

Diese konsequente Politik verfolgt in erster Linie Stalin und das gerade gibt ihm seine zentrale Position. Er ist wirk-

licher Staatsmann, das heißt die Staatsidee, die Staatsraison der Sowjetrepublik lebt in ihm, das Gesetz, nach dem dieser Staat angetreten ist. Dieser Staat ist sozialistisch, aber in der besonderen Spielart des Bolschewismus. Man weiß, daß das zaristische Rußland drei sozialistische Parteien hatte: die Menschewiki, die sich einseitig an das städtische Industrie- und Arbeiterproletariat hielten, die Sozialrevolutionäre, die aus der Tatsache, daß Rußland vorwiegend agrarischen Charakter trägt, den Schluß zogen, die Hauptfackel sei die Gewinnung des Bauern, und die Bolschewiki, die zwar auch wie die Menschewiki vom Industrie- und Arbeiterproletariat ausgingen, aber doch niemals die agrarischen Probleme vernachlässigten. Die Bolschewiki bildeten also gleichsam das Zentrum des russischen Sozialismus und es ist von diesem Gesichtspunkt durchaus organisch, daß gerade sie an die Macht kamen. Nicht also nur die große Persönlichkeit Lenins hat ihnen zur Macht verholfen, sondern mindestens ebenso sehr auch ihre umfassende Stellungnahme.

Diese zentrale Stellung verkörpert heute unbedingte Stalin und damit den eigentlichen Sinn des Bolschewismus. Gewiß wird man ihm, wie jedem Staatsmann, eine Menge Widersprüche nachweisen können, das aber sind Einzelheiten, dem Tagesbedürfnis entspringen. Im ganzen ist er ohne Zweifel weniger opportunistisch als Lenin. Das erklärt sich daraus, daß beide in völlig verschiedenen Perioden des bolschewistischen Regimes an der Herrschaft waren. Lenin hatte das Regime überhaupt erst einmal zu organisieren und mußte deswegen auch wichtigere Grundzüge den Anforderungen des Tages opfern, konnte das aber auch größere Gefahr für die Idee, weil um ihn herum tiefe Befregung war. Die Idee hatte sich noch nicht abgemittelt, alles wurde überhimmelt vom Feiltrieb einer großen Bewegung und in dieser Bewegung brannte unerschütterlich die Hoffnung auf die Weltrevolution. Jetzt aber ist diese Hoffnung verlogen und überhaupt hat die erste Befregung nützlichem Alltag Platz gemacht. In diesem Stadium sind weitreichende Zugeständnisse nur möglich unter Opferung der eigentlichen Schwungkraft des neuen Staates. Lenin konnte sich einen gewissen Opportunismus leisten, Stalin kann es nicht mehr. Er muß, zurückgedrängt auf seine russische Position, diese Position mit größter Heftigkeit verteidigen. Das System (insofern hat Ungern-Sternberg recht) wird nicht mehr in jähem Ansturm für sich, so muß man sich aufs ängstlichste hüten, dies System auch nur im geringsten zu unterminieren.

Dazu kommt, daß ein Bolschewismus, der im wesentlichen auf Rußland beschränkt ist, auch alle Züge des russischen Temperaments in sich tragen muß. Die breite Natur des Russen ist nicht zu verwechseln mit der bequemen Natur des modernen Europäers. Der von Sappis zerstreute Europäer hat die Neigung, in der Politik die Linie des geringsten Widerstandes zu verfolgen, der Europäer glaubt im Grunde an gar nichts und so schlägt er den bequemsten Weg ein. Der viel unwillkürlichere und rücksichtslosere Russe dagegen wählt sich mit Vorliebe den unbequemsten Weg. Seine mäßige Natur will mit den Widerständen ringen, um seine Kräfte an ihnen zu erproben. In Passivität versinkt er, wenn ihm nichts Großes begegnet, wenn er also im gewöhnlichen Trott einherwandeln soll. Dann ist er der schlafende Riese, auf dem die Kinder herumturnen. Sind aber die Zeiten wilder geworden, so wird auch er wider und läßt sich nicht bändigen. Im Schlechten nicht bändigen — er wird Barbar —, im Guten nicht bändigen — er läuft einen Weg, auch wenn ihn tausend Hindernisse erwarten.

Konkret gesprochen ist also dreierlei zu beachten, wenn man Stalins Politik verstehen will: seine Rolle als Führer gerade des Bolschewismus, dieser zentralen sozialistischen Partei zwischen Industrie- und Arbeiterpartei und sozialistischer Agrarpartei; seine Stellung in einer epigonischen Zeit mit ihrer Gefahr von Kompromissen für die Reinerhaltung der Idee und seine Stellung innerhalb der russischen Welt, die alle Unbedingtheiten des Ruffentums in sich schließt. Die drei Positionen Stalins entspringen drei realen Notwendigkeiten. Indem Stalin sich zum Vollstrecker dieser Notwendigkeiten erhob, zum entscheidenden, unverzählichen, ja auch grausamen Vollstrecker, wurde er zum Zentrum der sowjetrussischen Entwicklung. Der Troßismus mußte fallen, nicht nur

weil Troßismus selbst viel mehr Literat ist als Staatsmann, sondern vor allem weil diese Richtung mit ihrem einseitigen Blick auf den städtischen Proletariat menschlich war und deshalb zu wenig zentral, und aus dem gleichen Grunde mußte auch die Rechtsopposition wirkungslos bleiben: sie ist im Kern sozialrevolutionär, weil sie in erster Linie den Bauern vor Augen hat. Allein die Verbindung von Sorge für den Bauern mit Sorge für den städtischen Proletariat heißt im modernen Rußland zentrales Erfassen der Situation. Der bolschewistische Umsturz wurde gemacht vom städtischen Proletariat, man kann es also niemals zur Seite schieben, will man nicht die Revolution selber verleugnen, aber man kann auch das Bauerntum nicht vor den Kopf stoßen, will man nicht achtzig Prozent der russischen Bevölkerung verzeihen.

Man sieht also: mit der einfachen Prognose einer Bauern- demokratie kommt man nicht weiter. Und dies auch aus dem Grunde, weil Rußlands Zukunft gar nicht im Agrarstaat liegt. Rußland muß sich industrialisieren, da sein Boden und namentlich sein Klima ihm eine fiese Konkurrenz gegen die jungen Agrarländer nicht mehr gestattet, ganz abgesehen davon, daß bereits das Mischlingen der Weltrevolution einen Stachel zur industriellen Entwicklung bedeutete. Solange die Weltrevolution noch möglich erschien, konnte man auf eine selbständige Industrie verzichten, weil ja die alten Industrieländer, waren sie einmal der Revolution verfallen, das Notwendige liefern würden. Ein bolschewistisches Rußland aber, in die Verteidigungsstellung wie heute gedrängt, muß schon um der Selbstbehauptung willen, muß schon, um nicht dem kapitalistischen Ausland abhängig zu sein, eine eigene Industrie entwickeln. Doch nur ein paar Jahren konnte man in Rußland vom erstkühnen Revolutionären die Meinung hören, es sei eigentlich das Beste, den Aufbau der Industrie gänzlich zu stoppen, die Grenzen weit zu öffnen für ausländische Waren, die Bauern mit diesen Waren billig zu beliefern und sie so zur Herabgabe von Massen Exportgetreides zu bringen. Solche Stimmen sind nicht mehr vernehmbar, auch die Rechtsopposition fordert nicht etwa den Agrarstaat sondern nur ein langsames Tempo der Industrialisierung, damit das zur Industrialisierung nötige Kapital nicht zu rasch und zu intensiv den produktiven Kräften auf dem Lande entzogen werde.

Stalin hat vor Jahren gegen den Troßismus die Parole: „front nach dem Dorfe!“ ausgerufen. Heute wieder ruft er gegen die sogenannte Rechtsabweichung: „front nach der Stadt!“, aber nicht etwa in dem Sinne einer einseitigen Hineinziehung zu dem Industrie- und Arbeiterproletariat, sondern so, daß der Klassenkampf der Stadt uneingeschränkt übertragen werden soll auf das Dorf. Der soziale Kampf in der Stadt soll maßgebend werden auch für das platte Land. Die Rechtsabweichung will den größeren Bauern schonen, um die agrarische Produktivität nicht zu gefährden, der Stalinismus aber erachtet die Gefahr einer neuen Bourgeoisie auf dem Lande für derart groß, daß er lieber die größten Getreidebeschwerigkeiten auf sich nehmen als das sogenannte Kulakentum tolerieren will. Ja, mehr noch als Schwierigkeiten in der Getreideversorgung erwartet man, man sieht, wie mir Anhänger Stalins ausdrücklich sagten, schwere Bauernaufstände voraus, weil man den Zusammenhang der mittleren und ärmeren Schichten auf dem Dorfe mit dem Kulakentum nur zu genau kennt. Nur zu genau: man weiß, wie diese Schichten sozial abhängen von dem größeren Bauern und gerade diese Abhängigkeit (über die hier im einzelnen nicht gesprochen werden kann) will man zerstören. Auch Schwierigkeiten in der Roten Armee gewärtigt man, in diesem Heer, das sich zum größten Teile aus Bauernbürschen rekrutiert. Man male sich eine Lage aus, in der ein Bauernheer gegen Bauernaufstände geführt werden muß und denke daran, daß auswärtige Gegner der Sowjetunion diese Lage ausnützen könnten. Tut nichts — dem allen blickt man entgegen mit dem Motto: entweder — oder. Entweder eine sozialistische Republik, wie es der Titel der Sowjetunion verkörpert, oder der Untergang.

Genauer gesagt, man rechnet natürlich nicht auf den Untergang. Die allgemeine Überzeugung ist, daß Schwierigkeiten nur dazu da sind, um überwunden zu werden. In Europa aber lautet der Satz leider fast stets: Schwierigkeiten sind da, um umgangen zu werden. Ich persönlich würde eine

12. bis 13. Dezember 1918.

Trier. Verhandlungen mit Marschall Foch über Verlängerung des Waffenstillstandes. Wegen angeblicher deutscher Verstöße (Ablieferung ungenügender Mengen von Kriegsgerät und Verkehrsmitteln, schlechte Behandlung der alliierten Kriegsgefangenen, Verringerung der den Alliierten seitens Deutschlands gegebenen finanziellen Garantien) behält sich Foch, „um sich eine neue Sicherheit zu verschaffen“, vor, „die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen“. Erzberger antwortet: Deutschland habe alles getan, um die schweren Bedingungen getreulich zu erfüllen. Dagegen hätten die Alliierten bei der Ausführung neue Bedingungen gestellt und in den klaren Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen unberechtigte Verschärfungen hineingebracht. Entgegen Artikel 6 seien in Elsaß-Lothringen Einwohner fortgeführt, ausgewiesen und an ihrem Eigentum geschädigt worden. Entgegen Artikel 26 sei die Blockade nicht „in dem gegenwärtigen Zustande“ aufrechterhalten, sondern dadurch verschärft worden, daß der Verkehr Deutschlands mit den neutralen Nachbarstaaten noch weiter als im Kriege eingeeignet und die besetzten deutschen Gebiete durch Einbeziehung in der Absperrung vom unbesetzten Deutschland getrennt worden seien. Die Zusage, Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen, sei bis jetzt nicht gehalten worden. Jede Bedingung des Waffenstillstandes hätten die Alliierten durch eine für Deutschland ungünstige Auslegung und durch willkürliche Zusätze verschärft. Die bevorstehende Verlängerung des Waffenstillstandes werde hoffentlich recht bald zum dauernden Rechtsfrieden führen. Bis dahin möge der Tatsache Rechnung getragen werden, „daß das deutsche Volk . . . sich durch Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen vollkommen in ihre Hand gegeben hat. Lassen Sie Frauen und Kinder nicht länger hungern. Wir wissen, daß Sie in der Lage sind, zu helfen, wenn Sie wollen. Nehmen Sie dem Arbeiter nicht mehr durch die Fortführung einer jetzt völlig unnötig gewordenen Blockade die Möglichkeit, in friedlicher Tätigkeit sein Brot zu verdienen. Sie sehen sich sonst vor dem Urteil der Geschichte dem Vorwurf aus, daß nicht lediglich Kriegsnotwendigkeit Ihr Handeln diktiert hat. Erklären Sie sich nunmehr bereit, daß auch die in Ihren Händen befindlichen Kriegsgefangenen im Interesse der Menschlichkeit baldigst ihren Familien zurückgegeben werden.“ — Foch bleibt bei dem Vorbehalt der Besetzung der neutralen Zone.

Am 13. Dezember teilt Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittelkontrolleurs Hoover mit, daß die in Deutschland liegenden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden müßten. Erzberger erklärt sich damit einverstanden, nachdem Foch grundsätzlich zugestimmt hat, daß die Schiffe deutsches Eigentum bleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden können. Nachdem weiter vereinbart worden ist, daß die 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen bis zum 18. Januar 1919 übergeben sein sollen, wird am 13. Dezember, 11½ Uhr vormittags, folgendes Abkommen unterzeichnet: Verlängerung des Waffenstillstandes um einen Monat bis zum 17. Januar 1919, 5 Uhr vormittags. „Diese Verlängerung um einen Monat wird unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluß des Präliminarfriedens ausgedehnt werden.“ Durchführung der Bedingungen des Waffenstillstandes innerhalb des einen Monats. Zusatz zum Vertrag vom 11. November 1918: „Das Oberkommando der Alliierten behält sich vor, von jetzt an, wenn es dies für angezeigt erachtet, und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Besetzung wird . . . sechs Tage vorher angezeigt werden.“

13. Dezember 1918.

Im Finanzabkommen von Trier muß sich die deutsche Regierung verpflichten:

nicht ohne vorheriges Einvernehmen mit den Alliierten über den Metallbestand des Staatsschatzes und der Reichsbank, über die Effekten oder Guthaben auf das Ausland oder im Ausland sowie über die der Regierung oder den öffentlichen Kassen gehörenden beweglichen ausländischen Werte zu verfügen und für solche Guthaben oder Werte, die sich in Privatbesitz befinden, keine Ausfuhrerlaubnis zu erteilen;

im Einvernehmen mit den Alliierten alle zweckdienlichen Maßnahmen zur Erstattung der im besetzten Gebiet verlorengegangenen oder gestohlenen Wertpapiere zu treffen;

den Elsaß-Lothringern alle Schulden und alle fälligen oder während des Waffenstillstandes fällig werdenden Effekten, die deutsche öffentliche Kassen betreffen, zu zahlen und sie in der freien Verfügung über ihr in Deutschland befindliches Eigentum nicht zu beschränken;

Maßnahmen für baldige Zurückgabe der zum Nachteil der alliierten Staatsangehörigen beschlagnahmten Güter zu erwägen.

13. Dezember 1918.

Trier. Auf eine Anfrage Erzbergers erklärt Foch, daß die Alliierten die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkennen.

15. Dezember 1918.

Spa. Im Wirtschaftsausschuß der internationalen Waffenstillstandskommission fordern die Franzosen die Belieferung Elsaß-Lothringens mit monatlich 315 000 t Koks, 105 000 t Kohlen, 112 000 t Mangonerzen, 40 000 t Schrott, Maschinensatzteilen, Treibern und elektrischen Motoren aus rechtsrheinischem Gebiet je nach Bedarf der elsäß-lothringischen Industrie sowie die Belieferung Frankreichs mit Brennstoffen. Die deutschen Mitglieder machen Gegenseitigkeit zur Bedingung. Da die Franzosen dies als Ablehnung ihrer Forderung betrachten, werden die Verhandlungen abgebrochen.

15. Dezember 1918.

Die polnische Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab.

17. Dezember 1918.

Protest der deutschen Regierung gegen den Erlaß der polnischen Regierung, der die Vornahme von Wahlen zur polnischen Konstituante auf deutschem Gebiet in Schlesien, Posen, Westpreußen und Ostpreußen anordnet.

23. bis 25. Dezember 1918.

Luxemburg. Wirtschaftsverhandlungen, die zu folgendem Ergebnis führen: Bis zum Ende des Waffenstillstandes liefert Deutschland in die besetzten Gebiete die gleichen Mengen Koks, Kohle, Manganerz und Schrott wie im dritten Vierteljahr 1918. Es sorgt dafür, daß den Fabriken im besetzten Gebiet, die deutsche Maschinen benutzen, die erforderlichen Maschinen und Ersatzteile geliefert werden. Die Alliierten erklären, daß sie nicht die Absicht haben, den Verkehr zwischen den linksrheinischen und rechtsrheinischen deutschen Gebieten systematisch zu unterbinden. Sie nehmen davon Kenntnis, daß die deutschen Lieferungen nur unter der Voraussetzung möglich sind, daß auch gewisse Lieferungen aus dem besetzten Gebieten nach den unbesetzten Gebieten gelangen. Die Abmachung wird unter der Voraussetzung getroffen, daß die Alliierten eine Verkehrsmöglichkeit zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet herstellen, wie sie zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens erforderlich ist.

27. bis 28. Dezember 1918.

Posen. Durch bewaffneten Aufstand bemächtigen sich die polnischen Organisationen der tatsächlichen Gewalt in der Stadt und im östlichen Teil der Provinz Posen.

31. Dezember 1918.
Die Demobilisierung des deutschen Heeres und Auflösung des Landsturms wird angeordnet.

13. Januar 1919.

Deutscher Protest gegen eine Note, die der alliierte Finanzkommissar bei Verhandlungen über die finanziellen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages übergeben hat. Diese Note stelle „das Höchstmäß“ dessen dar, „was Deutschland seit der Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist“. Sie enthalte in sachlicher Hinsicht Forderungen, die mit dem Vertrag in keinen Zusammenhang mehr gebracht werden können und auf eine „finanzielle Sklaverei Deutschlands der Entente gegenüber“ hinauslaufen; zweitens aber entere sich der Ton der Note, aus dem die unverhohlene Freude spricht, Deutschland schädigen und demütigen zu können, vollkommen und wesentlich von dem Ton, der bisher seit Einstellung der Feindseligkeiten üblich war. So wird, abgesehen von dem im zwischenstaatlichen Verkehr durchaus zu beanstandenden Diktion (Ausdrucksweise) im einzelnen, in Art. VIII erklärt, daß die Note „nicht etwa das Resultat einer Vereinbarung sei, sondern lediglich vorläufige Anweisungen des Finanzkommissars an die deutsche Regierung wiedergebe, deren Abänderung, Ergänzung und Verschärfung er sich jederzeit vorbehalte“. Die deutsche Regierung erklärt sich außerstande, die Note anzunehmen. Sie hält ferner „den Zeitpunkt für gekommen, ... die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Regierungen auf folgendes hinzuwirken: In der Masse des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzudämmern, die Alliierten hätten die Wilsonschen Punkte, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und es danach zu vergewaltigen. Die Beibehaltung der Blockade, die Hinausschiebung der Versorgung mit Lebensmitteln, die politische und wirtschaftliche Absperrung zwischen dem linken und rechten Rheinufer machen das deutsche Volk aufmerksam. Im Vertrauen auf die Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November haben in Deutschland Heimat und Heer einen weiteren Kampf als unnötig aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jeß die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszögern und den Waffenstillstand als ein Instrument zu vorheriger wirtschaftlicher Erdrosselung Deutschlands handhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslust zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jedes menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechtes stehend, das jedes Gefühl für eine Versöhnung der Völker erstickern müßte und für das es kein Verzeihen und Vergessen gäbe.“ gez.: Brockdorff-Rantzau.

15. bis 16. Januar 1919.

Trier. Verhandlungen über eine zweite Verlängerung des Waffenstillstandes.

Marschall Foch überreicht eine Note, in der eine Reihe angeblicher deutscher Verstöße gegen den Waffenstillstandsvertrag (Fehlbeträge bei der Ablieferung von Transportmitteln, schlechte Behandlung, Tötung und Verwendung von Kriegsgefangenen, unvollständige Ausführung der finanziellen Bestimmungen und der Vorschriften über die Seemacht usw.) und die Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes verzeichnet sind.

Staatssekretär Erzberger weist ausführlich im einzelnen nach, daß das deutsche Volk sich mit allen Kräften bemüht hat, die Bedingungen zu erfüllen. „Alles konnte nicht geleistet werden, aber nicht durch die Schuld des deutschen Volkes. Wo die Bedingungen nicht eingehalten worden sind, tragen die Verantwortung dafür ausschließlich unsere Gegner.“ Ohne Rücksicht auf den Gesamtzustand des

deutschen Lokomotiv- und Wagenparks hätten z. B. die Alliierten bei der Abnahme der Verkehrsmittel übertriebene Anforderungen gestellt und vielfach Material zurückgewiesen, das in Deutschland derzeit zum besten gehöre. Bis 13. Januar 1919 sind 6949 Lokomotiven den alliierten Abnahmekommissionen vorgeführt worden, diese haben aber nur 2623 abgenommen. Von 56 Wagen, die eine Eisenbahndirektion besonders ausgewählt hatte, wurden 46 zurückgewiesen, Erzberger weist ferner auf eine Reihe von Fragen hin, „bei welchen eine systematische Verletzung des Waffenstillstandsabkommens seitens der Alliierten zweifellos feststeht“: Verkehrssperre zwischen besetzten und unbesetzten Gebiet; Versuch, den administrativen Zusammenhang der besetzten Gebiete mit den Zentralstellen im nichtbesetzten Gebiet zu lösen; Verhaftung der Inhaber und Direktoren von Werken, die deutschseits beschlagnahmte Maschinen aus den besetzt gewesenen französischen und belgischen Gebieten gekauft haben; brutale Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen (meist innerhalb 24 Stunden); willkürliche Freiheitsberaubung zahlreicher, in ihre Heimat zurückgekehrter demobilisierter Elsaß-Lothringer; Mißachtung des Privatgeleitums durch den alliierten Finanzkommissar; Ausbleiben der in Aussicht gestellten Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln. — An die Verlängerung des Waffenstillstandes knüpfte das deutsche Volk zwei Forderungen: bindende Abmachungen über die sofortige Zurückgabe der in den Händen der Alliierten befindlichen Kriegsgefangenen und baldiger Abschluß eines Präliminarfriedens. „In einer in der Geschichte Europas bisher nicht gekannten Weise ist der Ruf eines großen Volkes nach Einleitung von Friedensverhandlungen bei seinen Gegnern auf laube Ohren gestoßen. Statt dessen sind die Waffenstillstandsbedingungen bei jeder neuen Verhandlung verschärft worden. . . . Niemand hat das Recht, den Frieden aufzuhalten.“

Nach teilweise sehr scharfen Auseinandersetzungen wird am 16. Januar, 8,15 Uhr abends, das Abkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes unterzeichnet: Der Waffenstillstand wird abermals um einen Monat — bis 17. Februar, 5 Uhr vormittags — verlängert. Als Strafe für nicht rechtzeitige Ablieferung des Eisenbahnmateri als muß Deutschland 500 Lokomotiven und 19 000 Wagen mehr abliefern. An Stelle dieser als undurchführbar anerkannten Zusatzerlieferung sind 400 vollständige Dampfpfluggruppen und 58 000 sonstige landwirtschaftliche Maschinen zu liefern, Bildung einer alliierten Kontrollkommission in Berlin, die alle auf die russischen Kriegsgefangenen bezüglichen Fragen unmittelbar mit der deutschen Regierung zu behandeln hat. Alle fahr- und schleppbereiten U-Boote einschließlich U-Kreuzer, Minenleger, U-Boothelmschiffe und U-Bootdocks sind sofort abzuliefern. U-Boote, die nicht abgeliefert werden können und im Bau befindliche U-Boote sind unter Aufsicht der alliierten Kommission vollkommen zu zerstören oder abzubauen. Bau von U-Booten muß unverzüglich aufhören. Alle aus Frankreich und Belgien weggenommenen Maschinen, Maschinenteile usw. sind zurückzuführen; alle auf diese Maschinen usw. bezüglichen Schriftstücke sind auszuliefern. „Das alliierte Oberkommando behält sich von jetzt an vor, um sich eine neue Sicherheit zu verschaffen, wenn es dies für angezeigt erachtet, den durch die Forts des rechten Rheinufers gebildeten Abschnitt der Festung Straßburg mit einem Geländestreifen von 5 bis 10 km vor diesen Forts zu besetzen. . . . Diese Besetzung wird von dem Oberkommando der Alliierten sechs Tage vorher angezeigt werden.“ „Um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und des übrigen Europas sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alle möglichen Maßnahmen treffen, um während der Dauer des Waffenstillstandes die ganze deutsche Handelsflotte der Kontrolle und der Flagge der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten unter Mitwirkung eines deutschen Delegierten zu unterstellen. Diese Vereinbarung greift in keiner Weise der endgültigen Verfügung über diese Schiffe vor. Die Alliierten können, wenn sie dies für nötig erachten, die Besatzung teilweise oder ganz ersetzen.“

17. Januar 1919.

Trier. Vereinbarung über die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland: Gesamte deutsche Handelsflotte, Passagier- wie Frachtschiffe, ist, vollständig ausgerüstet und in seetüchtigen Zustande, zur Verfügung der Alliierten zu stellen. An Lebensmitteln soll Deutschland zunächst 200 000 t Brotgetreide und etwa 70 000 t Schweinefleischprodukte erhalten.

24. Januar 1919.

Marschall Foch teilt der deutschen Waffenstillstandskommission ohne Angabe von Gründen mit, daß die rheinischen Forts von Straßburg (Brückenkopf Kehl) binnen sechs Tagen, vom 23. Januar, 6 Uhr abends ab, besetzt werden.

29. Januar 1919.

Die Franzosen besetzen den Brückenkopf Kehl.

2. Februar 1919.

Spa. Die Verhandlungen der Finanzkommission über die Rückgabe des beschlagnahmten Privateigentums veranlassen die deutsche Regierung gegen den Versuch der Alliierten zu protestieren, „Deutschland bei dieser Gelegenheit zur Annahme von Forderungen zu zwingen, die nicht nur mit Willkür und Geist der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages unvereinbar sind, sondern mit dem Zwecke des Waffenstillstandes überhaupt in keinerlei Zusammenhang mehr stehen und somit nur von dem Bestreben diktiert sein können, in wichtigen Punkten einer gerechten Regelung im Friedensvertrag durch ungerechte Waffenstillstandsbedingungen vorzugreifen. Wenn sich Deutschland bei jeder Verlängerung des Waffenstillstandes zur Annahme immer schärferer Bedingungen hal verstehen müssen, so kann es doch nicht zulassen, daß ihm bei der Verhandlung über die Ausführung dieser Bedingungen Leistungen zugemutet werden, die über die . . . Zugeständnisse noch weit hinausgehen.“ Am 13. Dezember habe sich Deutschland in Trier verpflichtet, im Einvernehmen mit den Alliierten die Frage der Rückgabe des sequestrierten Eigentums alliierter Staatsangehöriger zu prüfen. Inzwischen habe Frankreich die während des Krieges gegen das deutsche Privateigentum verhängten Zwangsmaßnahmen auch gegen das in Elsaß-Lothringen befindliche Privateigentum der Deutschen nicht elsäß-lothringischer Herkunft angewandt; die belgische Regierung habe in ähnlicher Weise in das deutsche Privateigentum in Belgien eingegriffen. Diese Maßnahmen bedeuteten die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet und verstießen gegen eine ausdrückliche Vereinbarung, da nach Art. VI des Waffenstillstandsvertrages dem Eigentümer der Einwohner der von Deutschland zu räumenden Gebiete kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden soll. Obwohl die Alliierten die Beseitigung dieser vertragswidrigen Sequestration abgelehnt hätten, habe sich Deutschland auf die Verhandlungen zur Prüfung der Rückgabe des sequestrierten alliierten Privateigentums eingelassen. Dieses deutsche Entgegenkommen hätten die Alliierten damit beantwortet, daß ihre Vertreter, den Vertragsboden vollständig verlassend, verlangten, daß Deutschland in kürzester Frist alle während des Krieges in Deutschland unter Zwangsverwaltung gestellten feindlichen Vermögenswerte herausgebe. Abgesehen davon, daß alle deutschen Maßnahmen gegen das feindliche Privateigentum lediglich Vergeltungsmaßnahmen gegen das vorausgegangene völkerrechtswidrige Verfahren der Gegner Deutschlands darstellten, finde das Verlangen der Alliierten in den Vereinbarungen keine Stütze. Die Behandlung des Privateigentums der beiderseitigen Staatsangehörigen müsse dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Beständen die Alliierten darauf, daß diese Fragen vorweg geregelt werden, so könne dies nur durch eine besondere Kommission und auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geschehen.

3. Februar 1919.

Spa. Die Alliierten kündigen die Entsendung einer Kommission nach Polen an, um die dortigen Unruhen bei-

zulegen und die polnischen Behörden zu veranlassen, sich jeder Gewalt gegen die deutschen Truppen zu enthalten; die deutschen Behörden in „Deutsch-Polen“ dürften sich aber von jezt an nicht mehr in Angelegenheiten des öffentlichen Lebens einmischen, sondern müßten die Beendigung der Friedenskonferenz abwarten.

Die deutsche Regierung weigert sich in ihrer Antwort (10. Februar), anzuerkennen, daß es innerhalb der Reichsgrenze schon jezt polnische Behörden gebe; sie könne es nicht dulden, daß Reichsangehörige polnischen Stammes deutsche Gebietsteile gewaltsam loszureißen suchten; gegen solche aufrührerische Angriffe vorzugehen, müsse sie sich so lange vorbehalten, bis alle bewaffneten polnischen Formationen aus dem jeztigen Reichsgebiet entfernt seien. Über die endgültige Zugehörigkeit des fraglichen Gebietes werde der Friedensvertrag entscheiden. Bis dahin lehne Deutschland eine Weisung seiner Gegner über das Verhalten seiner Behörden in diesem Gebiete ab.

8. Februar 1919.

Spa. Abkommen über Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland. Anschließend an die Abmachungen in Trier (siehe 17. Januar 1919) wird vereinbart: Der Oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorsorge treffen, daß sofort rd. 30 000 t Schweinefett und Schweinefleisch und 250 000 Kisten kondensierte Milch geliefert werden. Bezahlung durch Gold und fremde Devisen ist deutscherseits sichergestellt. Anschließend soll Lieferung von 200 000 t Weizen und Weizenmehl, 35 000 t Schweinefett und Schweinefleisch in Aussicht genommen werden, wenn Finanzfrage befriedigend gelöst wird. Die Alliierten sind bereit, auch die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen. Die Ausführung des ganzen Abkommens wird in erpresserischer Weise abhängig gemacht von der Annahme und Ausführung der Bedingungen, welche die Alliierten Deutschland betreffs der Übergabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen.

14. bis 16. Februar 1919.

Trier. Verhandlungen über eine dritte Verlängerung des Waffenstillstandes.

Foch überreicht die neuen Bedingungen für die Verlängerung. Erzberger erwidert, das deutsche Volk habe den Eindruck, daß die Verlängerung des Waffenstillstandes nur den Zweck habe, ihm neue schwere Bedingungen aufzuerlegen und dem Frieden vorzugreifen. Das deutsche Volk habe den Waffenstillstand und dessen bisherige Verlängerungen mit ungeheuren Opfern erkaufen müssen (ausgeliefertes Kriegsgerät weit über ½ Milliarde Mark, Kriegsschiffe mehr als 1½ Milliarden Mark, Eisenbahnmateriale mehr als 2½ Milliarden; bisher vorgeführt 10 963 Lokomotiven und 216 072 Wagen, bis 11. Februar abgenommen 4137 Lokomotiven 136 398 Wagen). Die Demobilisierung des Heeres sei durchgeführt; Gesamtstärke der vorhandenen Verbände, einschließlich der Freiwilligen, rd. 200 000 Mann. Die Abberufung der alliierten Kriegsgefangenen sei beendet, die Rückgabe der Werte und Dokumente in voller Durchführung, die Rückgabe der Maschinen eingeleitet. Während das deutsche Volk alles tue, seinen guten Willen zu beweisen, widerspreche das Verhalten der Alliierten immer noch dem Geiste der Friedenszukunft. „In der ganzen Weltgeschichte wird es als höchste Brutalität dastehen, daß unsere Gefangenen immer noch in den Händen der Alliierten schmachten.“ „Woher nehmen Sie das Recht, jezt, wo die Welt einen Rechtsfrieden aufbauen will, wo es heißt, daß das Machtprinzip aus dem Zusammenleben der Völker ausgeschaltet sein soll, Tausende von Männern, Frauen und Kindern von ihren menschlichen Beziehungen fernzuhalten?“ „Das ganze deutsche Volk fordert durch meinen Mund die alsbaldige Rückkehr seiner Kriegs- und Zivilgefangenen.“ Nur die Amerikaner und Engländer hätten eine Anzahl Schwerverwundeter herausgegeben. Die Verkehrssperre am Rhein mit ihren üblen Folgen dauere immer noch an, ebenso die Verhaftung und Bestrafung von Personen, die Gerät von der Heeresverwaltung gekauft

haben, desgleichen die Ausweisung von Deutschen aus Elsaß-Lothringen. Besonders scharfer Einspruch müsse dabei erhoben werden, daß die Franzosen in den von ihnen besetzten Gebieten deutsches Privateigentum vertragswidrig unter Zwangsverwaltung stellen. Der schwerste Protest müsse gegen die Begünstigung der polnischen Eroberungsgelüste durch die Alliierten eingelegt werden. Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln werde immer wieder hinausgeschoben. Erzberger schließt: „Die erste Pflicht des Siegers ist, den erbetenen Frieden zu gewähren —, sei nicht nahezu fünf Monaten aber wird diese Pflicht von ihnen nicht erfüllt, sondern der unblutige Krieg mit neuen Opfern fortgesetzt.“

Für die Beantwortung der neuen Bedingungen stellt Foch eine Frist bis zum 16. Februar, 12 Uhr mittags. Infolge unangeklärteter Verspätung der Telegramme werden die neuen Bedingungen den Regierungsstellen in Berlin und Weimar erst am 15. mittags und nachmittags bekannt. Erzberger ersucht daher um Fristverlängerung um 24 Stunden. Foch bewilligt nur sechs Stunden: wenn das Abkommen nicht bis zum 16. Februar, 6 Uhr nachmittags, unterzeichnet sei, werde der Waffenstillstand am 17. Februar, 5 Uhr morgens, nicht mehr in Kraft sein.

Unter diesem Zwang wird auf Weisung der deutschen Regierung am 16. Februar, 6,30 nachmittags, das Abkommen unterzeichnet. Es bestimmt: I. „Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen die Polen im Gebiet von Posen und in jedem anderen Gebiet aufgeben.“ Sie dürfen eine genau bezeichnete Demarkationslinie (siehe Skizze) durch ihre Truppen nicht überschreiten lassen. (Diese Linie war in der ersten Fassung ungenügend. Karte grün eingezeichnet und so geführt, daß große, fest in deutscher Hand befindliche Gebietsteile, z. B. Oberschlesien, Nejedistrikt und Bromberg, den Polen zugefallen wären.) II. Der Waffenstillstand „wird neuerdings für eine kurze unbefristete Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen“. III. „Die Ausführung der Bestimmungen des Abkommens vom 11. November 1918 und der Zusatzabkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919 . . . soll fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes . . . zum Abschluß geführt werden.“

24. Februar 1919.

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Fehlnot in Deutschland und den Mangel an Milch für Kinder und Mütter ersucht die deutsche Regierung die Alliierten um Zustimmung, daß die in den Abmachungen über das Lebensmittelabkommen vorgesehene Lieferung von Schweinefleisch und kondensierter Milch sofort ausgeführt werde, ohne den Abschluß des Schiffsabkommens abzuwarten. Nennenswerter Schiffsanstropf komme nicht in Frage, da die betreffenden Lebensmittel zum überwiegenden Teil bereits in Rotterdam lagerten. Angesichts der in erschreckendem Maße zunehmenden Sterblichkeit der Kinder wird ferner um die Gestattung der Zufuhr von 201 Lebertran ersucht.

26. Februar 1919.

Deutsche Protestnote gegen das vertragswidrige Vorgehen der Franzosen in Elsaß-Lothringen: Die zahlreichen deutschen Proteste sind erfolglos geblieben. „Noch immer führen die französischen Besatzungsbehörden im ganzen Gebiete des Reichslandes einen politischen Ausrottungskampf gegen alles, was deutsch ist, deutsch denkt und deutsch fühlt. Die dort angeordneten Massenausweisungen, Verhaftungen und Vermögensgriffe sind offene Verletzungen des Waffenstillstandsvertrages . . . Sie beweisen, daß die französische Regierung die Absicht hat, die überwiegend deutsche Bevölkerung Elsaß-Lothringens entweder zu vertreiben oder sobald und so gründlich wie möglich zu verwetschen.“

4. bis 5. März 1919.

Spa. Ergebnislose Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Die Verhandlungen scheitern, weil die Alliierten die Auslieferung der ganzen deut-

schen Handelsflotte (mit geringen Ausnahmen) fordern, aber zunächst nur 270 000 l Lebensmittel (ein zweiwöchiger Bedarf) liefern wollen und bindende Abmachungen über die weitere Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte ablehnen. Es kommt den Alliierten offensichtlich mehr darauf an, die Verfügung über die ganze deutsche Handelsflotte zu erhalten, als Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen. Ihre Vertreter lehnen den deutschen Vermittlungsvorschlag, gegen Abgabe eines Teils der Flotte die zunächst in Aussicht genommenen Lebensmittel zu liefern, ab.

In einer am 6. März übergebenen Note legt die deutsche Regierung ihren Standpunkt in der Frage dar. Sie erklärt darin, daß die Flotte nur dann zur Verfügung gestellt werden könne, wenn der Zweck, die Sicherstellung der Ernährung Deutschlands, erreicht sei. „Bei einem so ungeheuer bedeutsamen Schritt, wie es die Abgabe der deutschen Handelsflotte ist“, könne unter dem Begriff Lebensmittelversorgung nicht die Lieferung einer beliebigen Menge von Lebensmitteln, sondern nur die Sicherstellung der Ernährung Deutschlands bis zur nächsten Ernte verstanden werden. „Ungeachtet der . . . Bestimmung des Art. XXVI des Waffenstillstandsvertrages, der die Lebensmittelversorgung Deutschlands . . . in Aussicht nahm, hat Deutschland bislang keine Tonne Lebensmittel . . . erhalten und nur ein stärkeres Anziehen der Hungerschaube durch die Verschärfung der Blockade erdulden müssen, wodurch . . . nach dem Durchschnitt der letzten Monate täglich etwa 800 Menschen zum Tode geführt werden.“ Trotz der durch das Scheitern der Verhandlungen herbeigeführten verhängnisvollen Lage könne die deutsche Regierung vor ihrem Volk die Verantwortung nicht übernehmen, die Flotte herzugeben, ohne daß der Zweck gesichert sei, „für den dieses harte Opfer klar bestimmt ist“.

6. März 1919.

Die deutsche Regierung erhebt Einspruch dagegen, daß diplomatische Vertreter der Alliierten in neutralen Staaten Europas und in überseeischen Ländern unter Benützung eines unzutreffend gekürzten Wortlauts des Trierer Finanzabkommens vom 13. Dezember 1918 darauf hinwirken, die deutschen Bankguthaben und Effekten zu sperren und somit den deutschen Reichsangehörigen das ihnen nach den Landesgesetzen zustehende Verfügungsrecht über ihren ausländischen Besitz zu schmälern.

14. März 1919.

Brüssel. Mehr als vier Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes kommt ein äußerst verwickeltes und verkompliziertes Finanz-, Lebensmittel- und Schiffsabkommen zustande, das Deutschland gegen Abgabe des größten Teils seiner Handelsflotte die Möglichkeit schafft, unter schärfster finanzieller Kontrolle und Bevormundung durch die Alliierten bis zu 370 000 l Lebensmittel anzukaufen und einzuführen. Um die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu fördern, stellen die Alliierten die Bedingung, daß vom Empfang der auf diese Art eingeführten Lebensmittel Leute, die durch eigenes Verschulden erwerbslos sind, ausgeschlossen werden.

20. März 1919.

Die deutsche Waffenstillstandskommission wiederholt ihren bereits mehrmals schriftlich und mündlich vorgebrachten Protest gegen die Einführung des französischen Sprachunterrichts in den Volksschulen des von den Franzosen besetzten deutschen Gebietes.

26. März 1919.

Unter Berufung auf Art. XVI des Waffenstillstandsvertrages, der ihnen freien Zutritt über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches gewährt, fordern die Alliierten, daß die polnische Armee des Generals Haller, „welche ein Teil der alliierten Armeen ist, durch Danzig in Richtung auf Polen frei durchmarschiere, mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrechtzuerhalten . . . Jede Weigerung, diesen Forderungen zu entsprechen, wird als ein Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen angesehen werden“.

Übertragung des Bolschewismus auf Deutschland für katastrophal halten, weil bei uns die Voraussetzungen ganz anders sind als in Rußland. Nach dem Sturz des russischen Feudalismus war kein genügend breites Bürgertum da, um eine bürgerlich-demokratische Regierung tragen zu können, in Deutschland dagegen haben wir ein solches Bürgertum, haben eine sehr gesunde Schichtung des Bauerntums und haben zudem noch eine Arbeiterklasse, die zum größten Teil sich mit Recht davor scheut, ihre gehobene Existenz zugunsten unabsehbarer Experimente preiszugeben. In Deutschland würde ein Bolschewismus unorganisch sein, in Rußland ist er organisch gewesen. Deutschland also soll das russische System festensoll übernehmen, wohl aber kann es, wie das übrige Europa, von Rußland manches lernen in unbedimmterem Anpand der Probleme. Unsere westliche Zögheit, unsere westliche Kompromißerei gibt es in Rußland nicht. Es weht dort ein großer Zug und man soll sich in der Beurteilung Sowjetrußlands vor nichts mehr hüten als vor Verknennung dieser grundlegenden Tendenz. Man muß das aber im Lande selber gespürt, besser erlebt haben, von außen her kommt man dieser Atmosphäre nicht nahe. Kieß man in Rußland die europäischen Blätter, so schlägt man sich an den Kopf und sagt: „Deine Sorgen möchte ich haben, lieber Keeser.“ Gut, es herrscht ein Drud, es herrscht Unfreiheit, und ich nehme diese Dinge nicht un wichtig, aber in jedem Augenblick merkt man doch, es wird mit den gewaltigsten Problemen der Welt gerungen. Deshalb

haben uns auch alle Markener des vorrevolutionären Rußlands, und wären sie selbst fünfzig Jahre im Lande gewesen, über das bolschewistische Rußland gar nichts zu melden. Ich weiß, daß diese Herren sich zum Teil rechtlich bemühen, die Wahrheit zu erfordern, aber sie vermögen es eben nicht, weil man zwar ein Land, das ähnlicher Struktur ist wie die alten Staaten Europas, rein literarisch begreifen kann, nicht aber ein so völlig anderes Gebilde wie das rote Rußland.

Sicher, dies Rußland wird sich evolutionieren, aber auch Evolution heißt hier etwas anderes als bei uns, heißt nicht Entwicklung zu einer Bauerndemokratie oder ähnlichem, sondern allein Festigung der wirtschaftlichen Grundlagen. Diese schwanken heute noch beträchtlich, sie werden vielleicht — vielleicht! — solide werden. Also Evolution nur innerhalb, nicht außerhalb des Systems. Dies System ist aber genau so bolschewistisch wie russisch, das eine Element ist von dem anderen gar nicht zu trennen — tiefer Schmerz für jene Internationalisten, die nur in dem Einheitsbrot das Heil der Menschheit erblicken. Wir anderen aber, die wir die Herrlichkeit der Welt gerade in ihrer Mannigfaltigkeit sehen, wollen schon deshalb den Sturz des Bolschewismus nicht herbeiwünschen, weil er in das Staatsdasein der Gegenwart eine eigene und unvermeidbare Note hineinbringt. Freilich müssen wir dann auch vom russischen Regime verlangen, daß es seinerseits nicht von Europa den bolschewistischen Einheitsbrot begehrt.

Überfremdung der deutschen Automobilindustrie.

Von Dr. August Müller, Staatssekretär a. D.

Ein Beispiel für viele . . .

Als die deutsche Automobilfabrik Adam Opel in Rüsselsheim bei Frankfurt am Main vor einigen Wochen durch das größte Automobilunternehmen der Welt, die amerikanische General Motors Co. in deren allen Kontinenten umfassenden Organismus eingegliedert wurde, ist im Heimatlief schon kurz die Bedeutung dieses Vorganges behandelt worden. Das Ereignis ist aber bedeutsam genug, um es zu nochmals, daß seiner an dieser Stelle noch einmal gedacht wird. Es illustriert den Prozeß fortschreitender Durchsetzung der kapitalistischen Staaten und bezeugt insofern eine symptomatische Bedeutung; außerdem aber sind von ihm weittragende Wirkungen für die deutsche Automobilindustrie zu erwarten. Ich beginne bei diesem Punkte und verwerde bei seiner Behandlung Eindrücke, die ich bei einer im Auszuge zur Untersuchung des deutschen Wirtschaftslebens vorgenommenen eingehenden Untersuchung der deutschen Automobilindustrie gewonnen habe.

Die Automobilindustrie in Deutschland beschäftigt rund 100 000 Arbeiter, darunter eine große Anzahl hochqualifizierter gelernter Arbeiter, die, wenn es erforderlich ist, auch in anderen Zweigen des deutschen Maschinenbaus für die Durchföhrung hochwertiger Arbeitsproesse Verwendung finden können. Dieser Arbeitskraftreichtum bedeutet also an sich bereits einen Altposten von hohem Werte für die deutsche Volkswirtschaft, und seine Verminderung durch einen Rückgang des deutschen Automobilbaus wäre höchst bedauerlich. Beim Automobilbau werden aber außerdem vorwiegend deutsche Materialien verwendet: Stahl, Blech, Glas, Holz, Keder, und dazu kommen Armaturen der verschiedensten Art, Motore, Alfkumalatoren, komplizierte Licht- und Pumpenanlagen und dergleichen mehr, die ebenfalls überwiegend von deutschen Arbeitern, vorwiegend aus deutschem Material hergestellt werden. Zu den 100 000 Arbeitern in der Automobilindustrie kann man also einen mindestens ebenso großen, wahrscheinlich sogar etwas größeren Arbeiterreichtum rechnen. In der Erzeugung der „Vorprodukte“ der Automobilindustrie Verwendung findet. Man darf außerdem bei einer Wüldigung der Automobilindustrie noch technisch-sozialen Gesichtspunkte aus nicht die Bedeutung übersehen, die das Automobil für die Gestaltung und Verbesserung motorischer Antriebskräfte besitzt. Wenn sich in unserer gesamten Volkswirtschaft die Verwendung von Motoren in allen Größen und in für die verschiedensten Zwecke geeigneten Formen enorm gesteigert hat und noch steigern, so hängt das aufs engste mit dem Automobil zusammen; auf den mit ihm gemachten Erfahrungen beruht die Entwicklung der motorischen Kräfte. Der Gesamtwert der Automobilherzeugung in Deutschland ist für das Jahr 1927 auf 907 Millionen berechnet worden. Für das Jahr 1928 liegt eine ähnliche Berechnung noch nicht vor. In der Enquete-Kommission wurde aber für dieses Jahr ein noch höherer, die Milliarde übersteigender Produktionswert der deutschen Automobilindustrie genannt.

Das Automobil ist vor allem durch die Arbeit deutscher Unternehmer und Arbeiter zu einem gebrauchsfähigen Verkehrsmittel ausgefaltet worden. Als der Krieg ausbrach, gab es in Deutschland einige Automobilfabriken, deren Produkte einem internationalen begründeten Aufsehen, der sich in einer Exportquote von rund 30 p. H. der gesamten deutschen Automobilproduktion im Jahre 1913 auswirkte. Im Jahre 1927 betrug die Exportquote nur noch 2,57 p. H. der deutschen Gesamtzeugung. In der Vorkriegszeit war das Automobil vorwiegend Mittel zum Personenverkehr und wurde in der Hauptfache als fofijipieliges Luxusgerät bewertet. Der Personenwagen hat diesen Charakter bei uns in Deutschland auch heute noch in viel stärkerem Maße bewahrt als in anderen Ländern, in denen durch die Herstellung billiger Kleinwagen das Auto zu einem allgemeinen Verkehrsmittel geworden ist. Daß auch in Deutschland Bedarf nach einem billigen und schnellen, mechanisch betriebenen Personenverkehrsmittel besteht, zeigt die Entwicklung des Motorradbaus. Sieht man ab von einigen Qualitätsmarken, in denen England führend ist, so darf gesagt werden, daß die deutsche Motorradfabrikation nach Quantität und Qualität die aller anderen Länder übertrifft. In diesem Artikel sind wir auch noch exportfähig. Das Motorrad ist in Deutschland zum Auto der „kleinen Leute“ geworden, wohl vor allem auch deshalb, weil die Entwicklung der deutschen Automobilindustrie in der Nachkriegszeit zur Vernachlässigung der Erzeugung kleiner und billiger, aber doch leistungsfähiger Personenwagen geführt hat. Und das trotz einer gewaltigen Überföhrung der deutschen Automobilfabriken.

Ende 1924 befanden sich in Deutschland mit der Personewagenfabrikation noch 86 Unternehmungen, die Zahl ging im nächsten Jahr zurück auf 49, im Jahre 1926 auf 30, und Ende 1927 auf 25, mit 19 selbständige Unternehmungen. Durch Zusammenbrüche, freiwillige Betriebsaufhebung und Fusionen haben in den ersten vier Jahren der Währungsabstabilität 78 p. H. der Automobilfabriken ihr Ende gefunden. Es entspricht dieser starken Konkurrenz und der langsam bekannten deutschen Eigenart, daß die Zahl der Modelle von Personewagen Ende 1924 im ganzen 146 betrug. Im Jahre 1927 wurden immer noch 40 Modelle hergestellt. Die deutsche Automobilindustrie litt also an zwei wesentlichen organisatorischen Mängeln: Zerplitterung der Produktion in eine große Anzahl nicht sehr leistungsfähiger Fabriken und in eine noch größere Anzahl von Dammmodellen. 1927 entfiel bei einer Gesamtproduktion von etwas über 60 000 Personewagen auf die einzelne Fabrik eine Cagesproduktion von 8,05 Wagen, auf das einzelne Modell nur eine Cagesproduktion von 4,95 Wagen. Das falsche in diesen Produktionsmengen läßt sich Massenfabrikation im amerikanischen Stile nicht durchführen. Als Beispiel mag angeführt werden, daß im Jahre 1927 in den

fabriken der General Motors Co. auf jeden Wagentyp eine durchschnittliche Tagesproduktion von 170 Personwagen entfiel, auf den abgelaufenen Produktionsjahre sogar ein Tagdurchschnitt von 2600 Demogewerke erscheinen die deutschen Produktionszahlen je Fabrik und je Typ beinahe lächerlich niedrig, und von einer Nachahmung solcher Produktionsmethoden kann natürlich gar keine Rede sein.

Der Rationalisierungsprozeß in der deutschen Automobilindustrie ist nun aber, weniger infolge gewachsener Einsicht der Beteiligten als unter dem Zwang der überlegenen amerikanischen Konkurrenz, auch nach 1927 noch weiter gegangen. Beschränkt man sich auf die wirklich leistungsfähigen und bedeutenden Firmen für den Personwagenbau, so dürften heute noch etwa zehn in Betracht kommen. Davon ist aber Opel bereits seiner Selbständigkeit entkleidet, und die notwendig gewordenen Samler der Zylinderwerte in Frankfurt a. M. hat zu gleicher Zeit fußlosabsichtlichen erkennbar werden lassen, die, wenn sie verwirklicht werden, den größten Teil der noch vorhandenen deutschen Automobilfirmen in einen deutschen Autotrakt vereinigten werden. Eine Anzahl kleinerer Fabriken, die sowieso nicht mehr viel bedeuten, werden dann wohl das Leben lassen müssen; aber man hofft, daß wenigstens die leistungsfähigsten Firmen durch eine Fusionierung auch neben der Kombi-Kombi/Opel/General Motors noch lebensfähig bleiben. Bei einer so schwierigen Industrie, in der auch teilweise recht eigenwillige Persönlichkeit eine Rolle spielen, wie bei der Automobilindustrie, sind Voraussetzungen nur mit Vorsicht vorzunehmen. Das eine darf man aber wohl sagen, daß die Wahrscheinlichkeit einer Verdrängung der deutschen Automobilindustrie, die den Produktionsbedürfnissen und den Verbrauchsbedingungen des deutschen Automobilverkehrs Rechnung trägt, in keinem Zeitpunkt so wahrscheinlich erschien als im gegenwärtigen.

Denn neben den bereits geschilderten Umständen ist es insbesondere die amerikanische Konkurrenz, die schicksalgestaltend für die deutsche Automobilindustrie geworden ist. Einen nennenswerten Nachschub besitzt die deutsche Automobilindustrie nicht. Sie hat bei der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten mit Schutzollwirkungen in Höhe von 22 v. H. des Wertes, in England von 25 v. H. des Wertes, in Frankreich von 25 v. H. des Wertes zu rechnen. Automobilimporteure nach Deutschland, das keine Wertölse kennt, wie die meisten der eben erwähnten Länder, haben im Durchschnitt nur 12 v. H. des Wertes, bei Qualitäten, wie sie etwa einem Personwagen entsprechen, nur annähernd 5 v. H. des Wertes zu erzielen. Die amerikanische Überlegenheit ist darin begründet, daß in diesem Lande des Automobilerzeugnisses jährlich rund 4 Millionen Autos, manchmal etwas mehr, produziert werden; im gemeinsamen Abstand folgt dann England mit 251 000 Wagen, Frankreich mit 190 000 Wagen, Kanada mit 179 000 Wagen. Von einem Weltbestand von 29,5 Millionen Kraftwagen entfallen auf die Vereinigten Staaten über 25 Millionen; auf 5 Einwohner ein Kraftwagen, auf Deutschland aber nur 475 000 Kraftwagen, ein Auto auf 174 Einwohner. Wenn die Amerikaner nur eine halbe Million Kraftwagen exportierten, so sind sie imstande, die Kraftwagenfabrikation der ganzen übrigen Welt durch ihre Preisstellung auf das höchste zu beeinflussen. Da diese halbe Million nur 12 v. H. ihrer Gesamtproduktion darstellt, so vermögen sie, geschützt gegen ausländische Konkurrenz, wie sie sind, an ihrem Inlandsabsatz so viel zu verdienen, daß sie sich bei ihrem Auslandsabsatz nicht nach den Produktionskosten, sondern nach den Preis- und Konkurrenzverhältnissen der betreffenden Länder richten können. Während der deutschen Automobilindustrie nicht mehr fehlt als Kapital, hat zum Beispiel die General Motors Co. ein Aktienkapital, Stamm- und Vorzugsaktien zusammengezeichnet, von 570 Millionen Dollar, beinahe 2,4 Milliarden Mark. Das Unternehmen beschäftigte 1928 200 000 Arbeiter, produzierte 1,5 Millionen Wagen, einwohner. 290 000 es sind 7 Milliarden Mark liegt, und einen Reingewinn von 1,2 Milliarden. Aber gerade diese Größe bedeutet auch eine gewisse Schwäche des Unternehmens. Die riesigen investierten Kapitalvermögen bedürfen eines ständig erweiterten Absatzes, der in den Vereinigten Staaten nicht zu finden ist, und so hat sich die amerikanische Automobilindustrie entschlossen, den Weltabsatz stärker zu erschließen, damit die heimischen Anlagen voll beschäftigt werden können. Das bedeutet eine Gefahr für die gesamte nichtamerikanische Automobilindustrie, aber es stellt auch zugleich die Autoindustrie unter den harten Zwang, Spezialisierungen der Rationalisierung zu erzielen, um gegen die amerikanische Konkurrenz gewappnet zu sein. Das ist eine an sich erfreuliche Lebensbedingung dieser Vorkriegszeit, die allerdings kaum überall, besonders aber in Deutschland so erfolgreich durchführbar ist, daß die amerikanische Konkurrenz nicht die absolute Herrschaft auf diesem Gebiete erlangen kann. Sicher ist aber von diesem amerikanischen Vorgehen die Ausbreitung des billigen, kleinen, nicht als Luxusgut, sondern als Verkehrsmittel betrachteten Autos zu erwarten und wahrscheinlich auch die Verbilligung all der Nebeneinrichtungen,

als da sind: Garage, Wagenwartung und Reparatur, Versicherung, Beleuchtung und Ähnliches mehr, die namentlich in Deutschland heute noch sehr viel größerer Härdenis bei der Herstellung des Automobils mächtig beanspruchten Kräfteinflüssen als die Kosten und Zahlungsbedingungen für den Wagen.

Die General Motors Co. besitzt bereits in Berlin, ähnlich wie Ford, Chrysler und andere amerikanische Firmen, eine Niederlassung, die 1928 für rund 80 Millionen Mark Automobile in Deutschland und zum geringen Teil in den Nachbarländern abgesetzt hat. Die meisten dieser Wagen kommen in Einzelteilen fertig nach Deutschland und werden hier nur montiert. Die Verschmelzung der Firma Opel mit dem Organismus der General Motors Co. läßt aber darauf schließen, daß in Wülfsheim nicht nur montiert, sondern auch eine Eigenproduktion aus deutschem Material geplant ist. Die Firma Opel mußte für die General Motors Co. eine besondere Anziehungskraft haben, weil sie die Fabrik ist, die technische Höchstleistungen zu vollbringen vermag. Die Produktionsmöglichkeit beläuft sich auf 8000 Autos und 400 Wagen je Tag. Selbstverständlich hängt die Beurteilung der Transaktion in diesem Grade davon ab, daß diese Vermutung sich bestätigt. Wenn in Wülfsheim bloß in Amerika fertigegehobene Wagen montiert würden, so müßte das als eine unerfreuliche Wirkung des Zusammenschlusses bezeichnet werden. In steuerlicher Hinsicht wirkt sie ebenfalls, weil bei solchen internationalen Kombinationen der zu versuende Überschuß mit leichter Mühe dahin dirigiert werden kann, wo die Steuerleistung am niedrigsten ist, und das ist sicherlich nicht Deutschland. Man kann aber auch mit der Möglichkeit rechnen, daß die General Motors Co. Wülfsheim als Fabrikations- und Vertriebsstelle für Mitteleuropa ausbauen will; denn würde vor einem Art von opportunistischem Dilemma entstehen, womit zweifellos mancherlei Vorteile für die deutsche Volkswirtschaft verbunden sein können. Der Motorrad- und Kalktraktorenbau ist in Deutschland sehr leistungsfähig und wurde bisher von der ausländischen Konkurrenz nicht besonders gefährdet. Durch die Verbindung zwischen Opel und General Motors können allerdings auch hier Änderungen eintreten, die dieses bisher unangriffsgebiet des deutschen Automobilbaues von der Preisseite her beunruhigen und nachteilig beeinflussen.

* * *

So sind mancherlei Wirkungen von dieser deutsch-amerikanischen Autoallianz zu erwarten, die dem Autoverbraucher wohl dadurch günstig, dem Autobauerleher vorzugsweise unerfreulich erscheinen werden, während sich die Wirkungen für die deutsche Volkswirtschaft ergeben, wenn sie mit dem Zusammenschluß verfolgten Absichten klar zutage treten. Das Ganze aber ist ein Beitrag zur internationalen Kapitalverflechtung, die höchst eigenartige, teilweise von der Vorkriegszeit verschiedene Züge aufweist. Länder mit geschwächter Volkswirtschaft und starken wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeiten von der Art des heutigen Deutschland sind schon immer ein Objekt dieser internationalen Industrieallianzen gewesen, die im Transport von Produktionskapital in andere Exploitationsreife befundene Länder besteht. Die Vereinigten Staaten haben offenbar im Augenblick ihr besonderes Augenmerk auf Deutschland gerichtet, dessen Industrie ihnen als Anlagegebiet besonders geeignet erscheint. Sie interessieren sich sehr wenig für England, die Metallindustrie, in besonders hohem Maße für die elektrotechnische Industrie und für die Fahrzeugfabrikation, insbesondere die Automobilindustrie, die darum als Beispiel für diesen eigenartigen und bedeutsamen Prozeß der Beeinflussung deutscher Industriezweige durch ausländisches Kapital hier behandelt wurden. Der Dorgan schlägt Licht- und Schattenseiten in sich ein. Dieses im einzelnen darzulegen, würde Aufgabe einer besonderen Abhandlung sein; aber daß man auch hierüber keine allzu schwarzen und trübseligen Gedanken zu hegen braucht, ist an folgendem illustriert: Als vor drei Jahren die Stadt Köln die tausendjährige Feier ihres Bestehens feierte, veranstaltete sie eine Ausstellung, deren Besucher sich meistens auf die Befestigung der kirchlichen Kunsthöhe von übermächtiger Pracht und Schönheit beschränkten. Aber es gab auch eine Abteilung in der Ausstellung, die die industrielle Entwicklung des Rheinlandes schilderte. Da sah man ein kartographisches Bild von der Überfremdung des Ruhrgebietes, der deutschen Kohlen- und Eisenindustrie im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts. Damals hatten sich die Engländer das durch die napoleonischen Kriege geschwächte Deutschland als das Gebiet ausgesucht, in dem ihr brachliegendes Industriekapital lukrativ ansetzen konnte, und es waren wahrhaftig keine geringen Teile und bedeutungsvollen Industrien, die das englische Kapital erregt hatte. Als das seine Zeit gedauert hatte, kamen aber alle diese Unternehmen wieder in deutschen Besitz, und nichts berechtigt uns zu der Annahme, daß die Überfremdungsperiode durch ausländisches Kapital, in der wir heute leben und die uns blüht, unsere Kapitalarmut zu überwinden, nicht eines Tages zu ähnlichen Ergebnissen führen würde.

Zur Zeitgeschichte

Der Weltflug des „Graf Zeppelin“.

Vor sieben Jahren vollendete Phileas Fog, jene unerblickliche Gestalt Jules Verne'scher Fabrikation, seine Reise um die Welt in der Retourzeit von achtzig Tagen. Jetzt hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ unter der meistfachsten Leitung von Dr. Edener die Erde in wenig mehr als drei Wochen und Kabarettis die Kabarettis umflogen. Bei einer durchschnittlichen Flügelgeschwindigkeit von hundertzwanzig Stundenkilometern wird der fünf- und sechzigtausend Kilometer langen Weg ergab sich dabei eine Flugzeit von zwei- und dreizehn Stunden oder zwölf Tagen, während der Rest der Weltzeit auf die Luftschiffen und Festlichkeiten in Friedrichshafen, Tokio, Los Angeles entfällt.

Aus dem Strudel der Zeitereignisse hebt sich dieser erste glücklich gelungene Weltflug wie ein leuchtendes Fabel, das den Anbruch einer neuen Verkehrsperiode verkündet und dessen man in kommenden Jahrhunderten etwa so gedenken wird, wie heute der ersten Erdumgehung von Magelhaens. Als das schnellste aller modernen Verkehrsmittel und gleichzeitig auch als ein absolut zuverlässiges hat sich das Zeppelinschiff auf dieser langen Reise erwiesen. Dabei aber wurde diese Meisterleistung mit einem Schiff vollbracht, das Dr. Edener selbst schon vor Monaten als veraltet bezeichnet. Nach der Meinung aller Sachverständigen ist der „Graf Zeppelin“ mit seinen sechzigtausend Kubikmetern Auftriebsdrängung nicht zu klein, um alle technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die im Starrluftschiff liegen, wirklich herauszuholen. Denn ebenso wie für Seeschiffe gilt ja auch für die Zeppelinschiffe innerhalb beträchtlicher Grenzen der alte Erfahrungssatz, daß die ungünstigen Eigenschaften nur mit dem Quadrat der linearen Abmessungen wachsen, die günstigen dagegen mit der dritten Potenz.

Auf Grund ausführlicher Berechnungen ist man der Meinung, daß die beste Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit von Gerüstluftschiffen sich bei etwa dreihunderttausend Kubikmetern Auftriebsdrängung, also dem Flinnsachen des „Graf Zeppelin“, erreichen lassen dürften.

Aber zur Ausführung derartiger, von den Sachleuten als richtig erkannten Zukunftspläne bedarft es erblickt mehr Geld, als Deutschland zur Zeit für die Entwicklung des Luftverkehrs aufbringen kann. Hier wird das reiche Amerika einspringen müssen, und damit hängt wohl auch die Abicht Dr. Edeners zusammen, für einige Zeit in Amerika zu bleiben und dort Verhandlungen mit interessierten Kreisen zu führen. Eine beträchtliche Anzahl von Millionen wird freilich investiert werden müssen, denn es handelt sich ja nicht nur darum, neue viermal größere Schiffe zu bauen, sondern auch die für eine fünftägige erdumspannende Luftschiffahrt unbedingt erforderlichen Hallen zu schaffen. Der Unterhalt, so gut er auch in allen Einzelheiten durchgeschaut sein mag, wird immer ein Notbehelf bleiben, etwa der offenen Seebe für die Seefahrt vergleichbar. Nur die Halle bietet dem Luftschiff selbst vollkommene Sicherheit und der Mannschaft die nach längerer Fahrt notwendige Entspannung.

Gerüstluftschiffe der beachtlichen Größe würden nicht nur gesteigerte Eigengeschwindigkeit und damit vergrößerte Unabhängigkeit von Wind und Wetter besitzen, sondern auch das Verhältnis der Luftlast zur toten Last, und damit wieder die Wirtschaftlichkeit bei ihnen um ein Vielfaches günstiger sein. Ihre Indienststellung würde voraussichtlich bei hinreichender Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals einen fahrlahnmäßigen transatlantischen Luftverkehr zu Gattungspreisen schaffen, die nicht allzufer über denjenigen der großen Kurzdampfer liegen.

Wenn man diese noch in der Zukunft liegenden Entwicklungsmöglichkeiten richtig einschätzen will, dann muß man ab und zu auch wieder einen Blick in die Vergangenheit tun. 1901 bewies der Kraftwagen im Rennen Paris—Berlin, daß er diese Langstrecke ebenso schnell wie die Eisenbahn zurücklegen konnte, aber man hielt ihn unbedingt für ein Kurzweibiel der reichsten Leute. 1904 dagegen fuhr bereits der ersten Automobildroschen in Berlin zu einer Gasse, die nur wenig höher war als diejenige der Pferdroschen. Wenn unserem Dr. Edener seine Pläne in Amerika gütigen, können wir im Luftschiffwesen vielleicht einen ähnlich schnellen Übergang vom Sentations- und Kurzflug zum allgemein gebräuchlichen Verkehrsmittel erleben. Hans Dominik.

Reichsminister Dr. Joseph Wirth.

Zu seinem 50. Geburtstag am 6. September.

Unsere junge Demokratie besitzt keinen Überflus an politischen Individualitäten. Das ist nicht verwunderlich, da ja heute die Auswahl der Prominenten in der Politik hauptsächlich durch die großen Berufs- und Interessenerbände erfolgt, die in jedem Konkurrenz-

kampf die Kandidatenlisten für die Parlamente mit ihren Vertretern besetzen. Auch wenn sich unter ihnen politische Begabungen befinden, sind sie ihren Berufsorganisationen verpflichtet, sie haben nicht Bewegungsfreiheit genug, um ihre politische Individualität auszureichend zu entfalten. Es besteht in unserer Demokratie noch keine genügende Chancengleichheit beim Kampf ums Parlament mit den Persönlichkeiten, die das Gewicht und die Stimmkraft ihrer Berufsorganisation von vornherein auf ihrer Seite haben.

Dr. Joseph Wirth, dem niemand das Prädikat einer politischen Individualität absprechen kann, der heute, an seinem 50. Geburtstag, bereits auf eine sehr bewegte, auch viel unruhigere Tätigkeit als Führer der Republik zurückblicken kann, ist schon in der Vorkriegszeit in den Reichstag eingetreten. In einer Zeit also, in der sich ein politisches Talent noch einen Wahlkreis zu erobern vermochte, wo er nicht darauf zu warten brauchte, bis ihm diese oder jene Interessentenorganisation zu einem „Kandidaten auf sicherer Stelle“ ernannte. Dieses Erlebnis, dieses innere Wissen darum, daß er Reichstagsabgeordneter aus eigenem Kampf geworden war, hat in ihm das stolze Gefühl erhalten, auf sich selbst gestellt zu sein und politisch mehr wagen zu können als andere. Er hat als Parlamentarier viel gemagt. Die Übernahme der Reichskanzlerchaft nach dem Sonderkongress in Weimar im Mai 1921, die Neubildung der Regierung



Dr. Wirth

Phot. Rosenbrant

unter seiner Führung nach der deprimierenden Entscheidung des Völkerversalles über Oberschlesien, als tiefste Mutlosigkeit den ganzen Reichstag befallen hatte, waren politische Entscheidungen, die den Einsatz der ganzen Person in sich schloßen, sie zeugten aber auch von einem Optimismus, wie man ihn gewöhnlich nur bei tiefgläubigen Naturen findet. Wirths fühnes Zugreifen, seine außerpolitische Zuversicht in Deutschlands schwersten Schicksalsstunden hat jugendliche Wirkungen von nachschalliger Kraft ausgeübt. Er wurde zum Krisenfallionspunkt nicht nur des Vertrauens der großen Massen der Zentrumsblätter, sondern auch der außerpolitischen Überzeugungen einer großen Mehrheit des deutschen Volkes. „Durch Arbeit zur Freiheit“, aber auch „Erfi Brot und dann Reparationen!“ waren die Parolen dieses Bekennnisses, die ihre Geltung behalten haben.

Als im Herbst 1922 sein Ruf nach der Bildung der „Großen Koalition“ nicht das ausreichende Echo fand, legte er sein Reichskanzleramt nieder. Er bemühte die wiedergewonnene Bewegungsfreiheit zu einem ausgedehnten Werbefeldzug für die Idee der demokratischen Republik. Auch in der von ihm ins Leben gerufenen Wochenzeitschrift „Deutsche Republik“ hat er unermüdlich die Notwendigkeit eines praktischen und führungsbereiten Vorkommens zu dem Staat betont. Er unterließ immer wieder die Gefahr der politischen Willensbildung in unserem durch gewisse Parteierfüllung auseinandergerissenen Parlament und bedenklich auch die Gefahren, die hier unserer jungen Republik noch von ihrem eigenen Funktionsformen her drohen. Die Weltanschauungsparteien aber ermahnte er, die Grenzspalte ihrer parteipolitischen Ideologie nicht zu hoch zu pflanzen, sondern die Gemeinfaßkeiten zu pflegen, d. h. parlamentarische Mehrheitsbildungen zu ermöglichen, praktisch demokratisch zu denken.

Die Leute in Deutschland, die sich eine gute Außenpolitik nur in der Form heroischer Begeben vorstellen können, haben Dr. Wirth in seiner realpolitischen Haltung nie geredet zu würdigen vermocht, sie haben ihn aber auch als Vorkämpfer der Republik wegen seiner glänzenden Redebegehung, wegen seines fagegeigen Einflusses auf die Versammlungen, in denen er spricht, leidenschaftlich bekämpft.

Doch auch hier haben die Erfahrungen der letzten Jahre in gleichem Maße, wie sich die Republik durchsetzte, alle Abweichungen beseitigt und blinde Dazuarbeiter verdrängen lassen.

Jetzt an seinem 50. Geburtstag kann Dr. Wirth auf eine Tätigkeit an verantwortungsvoller politischer Stelle zurückblicken, die ihn trotz mancher persönlicher Enttäuschungen im ganzen hochbefriedigt darft. Die politische Entwicklung hat ihn

nicht desavouiert. Und das will schon etwas heißen. Er steht jetzt in dem Alter, das man als das leistungsfähigste zu bezeichnen pflegt. Daß ihm, heute Reichsminister der besetzten Gebiete, die nächsten Jahrzehnte noch manche Gelegenheit scheitern mögen, im Dienste der Republik, der seine ganze Liebe gilt, erfolgreich zu schaffen, das sei zu seinem Jubiläumstag unfer wichtiger Wunsch.

Blitz in die Bücher

Young-Plan oder Dawes-Plan? Eine kritische Darstellung der Ergebnisse der Pariser Sachverständigenkonferenz von Prof. Dr. Friedr. Raab. Verlagheimer Hobbing, Berlin. 248 S. Preis: Geb. 6,50 M.

Dieses Buch geht in gewisser Beziehung über seinen Titel hinaus. Es nimmt nicht nur Stellung zu der Frage: Young-Plan oder Dawes-Plan?, sondern gibt zugleich in ausführlicher und klar gegliederter Weise Auskunft über den Inhalt und die Bedingungen des Young-Planes. Es ist Orientierungsbuch und Abhandlung zugleich. Durch die sachliche Orientierung wird es ebenso wertvoll wie durch seine kritische Schlussfolgerung.

Es zerfällt demgemäß in drei große Teile: 1. Historische Einleitung; 2. Darstellender Teil; 3. Kritischer Teil. In der historischen Einleitung wird noch einmal knapp und präzis, aber doch erschöpfend die Entwicklungsgeschichte der Reparationsfrage seit Wilsons 14 Punkten bis heute geschildert. In dem darstellenden Teil werden die Reparationsverpflichtungen und Rechte Deutschlands auf Grund des Young-Planes, verglichen mit dem Dawes-Plan, klar auseinandergesetzt. In systematisch gegliederten Kapiteln wird alles Materielle und Technische aus dem Young-Plan wiederergegeben. Dieses Kapitel ist ohne Zweifel die beste, in seine Rubriken sorgfältig und zusammenfassende Darstellung der Bedingungen des Young-Planes. In dem dritten Kapitel geht der Verfasser über zu der kritischen Abwägung der Vor- und Nachteile des Young-Planes im Vergleich zu einer weiteren Geltung des Dawes-Planes. Auch hier geht er alle Einzelbedingungen nacheinander kritisch durch. Er unterläßt es auch nicht — was bei der Fragestellung des Buches selbstverständlich ist —, auf die außenpolitischen und innenpolitischen Voraussetzungen einer Annahme oder Ablehnung des Young-Planes einzugehen. Der Verfasser kommt nach genauer Fiktion der Voraussetzungen (Reinlandräumung, ununterbrochene Sicherung der Rentensinkstoffe, Umfassung unserer Wirtschaftspolitik) zu dem Ergebnis: „Alles dies vorausgesetzt, dürfte die Annahme des Young-Planes als das kleinere Übel zu betrachten sein.“

Die zweite Hälfte des Buches wird durch den Abriss des Young-Planes selbst mit seinen sämtlichen Anlagen ausgefüllt.

Es ist hier natürlich nicht möglich, im einzelnen in eine Auseinandersetzung mit Professor Raab über seine Ausführungen einzutreten. Jedenfalls handelt es sich um eine außerordentlich sorgfältige und gründliche Arbeit, die außerdem noch einem dringenden Bedürfnis entspricht. Das Buch ist, soweit wir sehen, die beste vorliegende Zusammenfassung des Young-Planes und kritische Prüfung des Young-Planes. Die Fiktion, der sich nicht immer durch die ziemlich verwickelten und verzweigten Gedankengänge und Bestimmungen des Young-Planes hindurcharbeiten will, nur dieses Buch empfehlen. Hier ist alles klar geschildert und sofort auffindbar und greifbar. Es ist das Handbuch zum Young-Plan unter dem augenblicklichen Stand der Dinge. Professor Raab hat sich durch die rasche und doch gründliche Bearbeitung dieses Buches ein Verdienst um die positive Aufklärung über den Young-Plan erworben. 3.

Carl Legien. Ein Lebensbuch von Theodor Karpert. Berlin 1929. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Dem Ende 1920 im 59. Lebensjahre verstorbenen Führer und Mitbegründer der größten und mächtigsten Gewerkschaftsorganisation der Welt, Carl Legien, hat der Nachfolger in seinem Amt des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Karpert, in einem Gebendbuch eine Würdigung zuteil werden lassen, die der große Volksmann Carl Legien wie selten einer verdient. Mit seinem Takt und klugen Zurückhaltung tritt der Verfasser hinter den zu Schildernden, indem er ihn möglichst selbst zu Worte kommen läßt. Uns wird die Bekanntschaft mit einem Menschenleben vermittelt, das an den letzten 40 Jahren geschichtlicher Entwicklung nicht fortzudenken ist.

In dem glanzvollen Aufstieg der Gewerkschaften aus kümmerlichen Kofaerständen der neunziger Jahre zu den Halbmilliarden-Industrieorganisationen der Jetztzeit dokumentiert sich gleichzeitig die staatliche Entwicklung zum Konstitutionalismus zur Demokratie, in der Gewerkschaften nicht mehr als föhrender Faktor, sondern als die gegebene Interessensvertretung der Arbeiter, Angehörigen- und Beamtenchaft empfunden werden.

Scharf wird der Entwicklungsgang Legiens umrissen. Vom Thorner Waffenbaukasten über den Drechslergesellen zum Gewerkschaftsführer. Steinig und bornig ist der Weg, der zur Höhe führt, das hat Carl Legien sehr oft erfahren müssen. Aber eine rastlose Energie, Liebe zur Sache und zu den Menschen, deren Antwort es war, halfen ihm über alle Schwierigkeiten hinweg. Eine gehobene Führerpersönlichkeit, schulte sich Legien an seinen Aufgaben, wuchs immer mehr in sie hinein und vermochte darum in der Vorkriegszeit schon, an der Spitze der Generalkommission der freien Gewerkschaften, dieser eine ausgleichende Bedeutung zu geben. Sein Reichstagsmandat der Sozialdemokratie, deren Kleiner Wahlkreis er im Reichstag seit 1893 mit einer fünfjährigen Unterbrechung bis zu seinem Tode vertrat, übte er im Dienste der Gewerkschaften, der Sozialpolitik und des Arbeiterfortschrittes aus. Mit der ihm eigenen Gründlichkeit und Sachkenntnis, diese importierte selbst seinen schärfsten politischen Gegnern, wie man aus folgender Äußerung eines rechtsgerichteten Blattes („Die Post“) anlässlich seines Todes entnehmen kann:

„Stets sprach er nur über das, was er wirklich verstand. So kam es, daß er verhältnismäßig selten sprach, dann aber nicht nur die Aufmerksamkeit seiner Partei, sondern des ganzen Hauses hatte.“

In buntem Wechsel zieht das Leben Legiens an uns vorüber. Es spricht aus Kongreßberichten und Parlamentsreden; Reproduktionen von Bildern und Dokumenten veranschaulichen das gut ausgestattete Buch. Abgeschlossen wird es mit der Rede des ersten Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, beim Stapellauf des Dampfers „Carl Legien“.

Ein erfreuliches Querschnittsbuch durch das Leben eines Menschen, der zu den großen Volksmännern unserer Nation gehört. Erfreulich auch in der Profilierung, weil es nicht glorifiziert, sondern Licht und Schatten gleichmäßig verteilt. 3.

Heimatdienst und Heimatpflege. Von Hermann Wille. Berlin 1929. Hugo Bermüller Verlag.

Dieses Buch gehört zuerst einmal in die Hand jedes Lehrers; fast ebenso wichtig und interessant ist es aber auch für jeden anderen, der seine Heimat liebt und in ihrer Schönheit erhalten sehen will. Die Heimat — das ist das Stütz Erbe, wo wir geboren sind, das wir immer und überall zu tiefst im Herzen tragen, deren Berge und Täler und Dögel und Blumen wie zuerst von allem Schönen auf der Erde ferngemengt haben. Sinn und Ziel des Heimatdienstes und der Heimatpflege ist es, dieses heimische Leben zu bewahren und zu fördern. In dem vorliegenden Buch werden kurz und in leichtfälliger Darstellung alle Gesetze über Heimatdienst zusammengefaßt, all die Möglichkeiten besprochen, in der Schule, im Beruf, bei den Behörden und zu Hause der Heimatpflege zu dienen, schließlich die Literatur angegeben, aus der man neue Kraft schöpfen kann für diesen Kampf um die Heimat, um das Erbe der Väter und die Zukunft der Kinder.

Schuwaffengefetz mit Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen. Von Schöner und Salewicz. Verlag C. A. Weller, Berlin 1928.

Die grundfällige Bedeutung des „Reichsgesetzes über Schuwaffen und Munition vom 12. April 1928, das am 1. Oktober 1928 in Kraft getreten ist, besteht darin, daß es zum ersten Male die Bestimmungen über Herstellung, Handel, Verkehr, Führung und Besitz von Schuwaffen für das Reich einheitlich regelt. Der Erlaß des Gesetzes war diese Materie der Regelung durch die Länder vorbehalten, die in zahlreichen, zum Teil fast voneinander abweichenden Gesetzen und Verordnungen die einschlägigen Fragen behandelten. Das Reichsgesetz verfolgt neben der Vereinheitlichung das Ziel, den verwerderischen und leichtfertigen Mißbrauch von Schuwaffen zu verhindern. Die strenge Überwachung des Waffenhandels, die Bindung jedes Schuwaffen-Erwerbs an einen polizeilichen Erlaubnisbeschein und das Verbot des Waffenbesitzes für Jugendliche, Entmündigte und Dorebstrafte wirken in dieser Richtung. Ministerialrat Schöner und Regierungsrat Salewicz, die als Sachbearbeiter im Preussischen Ministerium des Innern an dem Zustandekommen des Gesetzes mitwirkten, haben in der Wert neben dem Schuwaffengefetz auch die einschlägigen Nebengesetze (Gesetz über Kriegsgesetz, Gesetz über den Waffenhandel mit China usw.) sowie alle in Betracht kommenden Ausführungsbestimmungen des Reichs und Preußens aufgenommen.

Die Ordensstadt Rastenburg in Ostpreußen zum 600 jährigen Bestehen.

Von F. Toelcke.

Man schrieb das Jahr 1280, als an dem Gebirgen der Ostsee, auf dem Boden des heutigen Ost- und Westpreußen, ein neues Deutschland entstand. Unter Führung des kühnheitreichen Hermann Balk überschritten damals etwa ein Duzend deutscher Ordensritter mit Gefolgsleuten die Weichsel und nahmen von Thorn aus die Eroberung und Befestigung Ostpreußens auf. Nicht freiwillig gab das zwischen Memel und Weichsel ansässige, freie Bauern- und Rittervolk Land und heimatische Scholle dem eindringenden Orden preis. Aber so Jahre dauerte der Kampf; zwei Generationen fanden ins Grab, bis endlich die Widerstandskraft erschöpft war und das Kreuzbanner des Ordens sich über das ganze Preußenland entfalten konnte.

Dem siegreichen Rittergeschwede folgte der deutsche Bauer mit Axt und Pflug, um im Oflande die Wälder zu roden, den Acker zu bebauen und sich hier eine neue Heimat zu gründen. Auf diese Weise wurden zunächst im 13. Jahrhundert ein breiter Konjunkturübel über die Weichsel, die Haffküsten und die Pregelungsbänder bedeckt; im darauffolgenden Jahrhundert erschlossen deutsche Kolonisten die Mitte Ostpreußens. Der südliche und östliche Teil der Ostmark dagegen blieb vorläufig noch unberührt; hier lagen große Wälder, die allgemein unter dem Namen „Wildnis“ bekannt waren. Am Rande dieses gewaltigen Grenzwaldes entstanden bald nach 1300 sogenannte Wildbäuer und unter diesen im Jahre 1329 auch das Wildhaus Rastenburg. Damit war der Grundstein zur heutigen Stadt gelegt.

Der erste Ordensbau, das Wildhaus Rastenburg, lag wahrscheinlich auf der hohen, steilen Bergspitze, auf der heute die St.-Georgs-Kirche steht. Es war aus Holz gemauert und durch Erdwälle, Palisaden und Plankenzäune vor feindlichen Angriffen geschützt. Nachdem kaum zwei Jahrzehnte vergangen waren, wurde Rastenburg den Ksitauen heimgesucht. Das unzulängliche Wildhaus und die daneben liegenden Häuser verbrannten die feinde und führten Bewohner und Verteidiger in die Gefangenschaft nach Ksitauen fort. Doch die deutschen Kolonisten waren zahl- und ausdauernd und bauten trotz dieses Rückschlages bald nach 1300 eine Burg aus heimischen Findlingen und Ziegelsteinen. Weit herrlicher, tragbarer und größer erhob sich das neue Ordenshaus, diesmal allerdings nicht auf der alten steilen Bergspitze, sondern einige hundert Meter ostwärts davon, geschützt vor breiten Talwinden, dem Flußlauf der Guber und dem jetzigen Obererteil.

Das feinere Burghaus, das die Ritter damals in Rastenburg bauten, hat das Ordensgeschlecht um Jahrhunderte überdauert. Die nachfolgenden Zeiten und Jahrhunderte haben allerdings dem Ordensbauwerk den wehrhaften Charakter genommen. Verschwinden sind nach und nach die letzten Mauern, die trutzigen und massigen Verteidigungstürme. Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts diente nach die Ordensburg Verwaltungs- und Wohnzwecken. Dieser Bestimmung entsprechend, wandelte sich auch das Aussehen der Burg; die Fenster wurden vermauert und an einer anderen Stelle größere ausgebrochen, um den veränderten Verhältnissen einer neuen Generation Rechnung zu tragen. Trotz alledem stehen auch heute noch die alten, über zwei Meter starken Steinmauern, die Gemäube der halbrunden Bergfried in der Nordwestecke des dreiflügeligen, in sich geschlossenen Burgareals, von dem am besten die Westseite mit dem vorspringenden Torhaus und der spitzbogigen Einfahrt erhalten ist.

Außer dem Ritterhause ist in Rastenburg noch ein zweiter Bau aus der Ordenszeit erhalten geblieben; es ist die St.-Georgs-Kirche.

Wichtig und massiv, auf der steilen Bergeskuppe gelegen, die einst das alte Wildhaus getragen haben mag, überragt dieser majestätische Bau alle Häusergruppen des zu seinen Füßen sich ausbreitenden Städtchens. Die Grundsteinlegung dieses Gotteshauses fällt in das Jahr 1559. Abtätlich wehte man diese Kirche dem heiligen Georg, um damit den siegreichen Kampf des Christentums gegen die Scharen der Ungläubigen anzudeuten. Durch das angebaute Hauptportal gelangt man in das Innere der Georgskirche. Zunächst ruht das Auge auf dem erst durchgeführtem, schönen Sternengewölbe, das eine große Abmildert mit dem der Marienkirche in Danzig hat. Zehn starke Pfeiler tragen das gesamte Gewölbe des dreiflügeligen Schiffes, wozon das Mittelschiff etwa zwei Meter höher liegt, als die beiden Seitenschiffe. In der südlichen Wand, einer Nische gleichend, befindet sich eine stimmungsvolle Taufkapelle. Links davon, im Mittelschiff, steht man den im gotischen Stil gehaltenen Altar. Seine schönste Zierde ist ein Gemälde von Rosenfelder, Christus am Kreuze darstellend. Die St.-Georgs-Kirche diente in der Ordenszeit nicht allein dem Gottesdienste, sondern auch der Verteidigung. Aus diesem Grunde hatte man die beiden wehrhaften Türme nach der Zugängnisse zu gebaut und mit einer hohen Mauer umgeben, die mit der übrigen Stadtbefestigung eng zusammenhängt.

Zwischen der 1529 gegründeten Ordensburg bauten die ersten deutschen Stöbler ihre Häuser, und bald entstand daraus ein Dorf, das im Jahre 1537 durch den Ordenskomtur von Balga zur Stadt erhoben wurde. Da sich bei der neuen Stadt zwei wichtige Verkehrsstraßen schnitten, nämlich der Handelsweg von Königsberg nach Polen mit dem von Marienburg nach Ksitauen, so ist es zu verstehen, daß Rastenburg rasch emporblühte, zu Wohlstand kam und seine Häuser mit wehrhaften Mauern umgab. Sie stehen teilweise auch heute noch am Kindermarkt, an der St.-Georgs-Kirche, an der alten Burg, am Mühlentor in einer stattlichen Höhe von zehn Metern und einer Stärke von 1,50 Meter und geben Rastenburg ein mittelalterliches Gepräge. Die Stadt innerhalb der Mauer hat sich ebenfalls im Laufe der Jahrhunderte nur wenig verändert. Schmale Gassen, die oftmals kaum einem Wagen die Durchfahrt gestatten, laufen vom Alten Markt nach den übrigen Stadtteilen und erinnern lebhaft an die alten Straßenläufe in Frankfurt a. M.

Ehe man die ältesten Teile der Stadt verläßt, macht man an der Adler-Apothek auf dem Alten Markt, an dem Geburtshause des Dichters Arno Holz, eine kurze Rast. Das Gedemken gilt ihm, dem großen, anfangs verkannten Dichter und Schriftsteller, der in seinem echt ostpreussischen Trotz, wie ein Mann der Kompromisse war und darum schwer, unendlich schwer und entgangensvoll um sein tägliches Brot kämpfen mußte. Am Tage der Sechshundertjahrfeier hat die Stadt Rastenburg ihres großen Sohnes, der eine Zeitwende der deutschen Literatur brachte, dessen gewaltigen Bahnen folgte alle Dichter der Gegenwart folgen, durch Abbringen einer Tafel ehrend gedacht.

Das heutige Stadtbild Rastenburgs ist weit über seine alten Umwehrungsmauern hinausgewachsen. In allen Ecken regten sich fleißige Hände, um zu schaffen, zu bauen, zu vergrößern. Und in der Tat, es ist vieles erreicht worden; die Wohnungen ist trotz der steigenden Einwohnerzahl ganz erheblich zurückgegangen. Seit den letzten Jahren ist man ferner bemüht, durch Schaffung von Grünanlagen das Stadtbild zu verschönern, und der Stadtpark, die Anlagen am Rathaus im Mittelpunkt der Stadt sind recht beachtenswert.

Auch die Industrieunternehmungen, wie die Eisengießerei, die Milchwerke, die Lederfabrik und die Zuckerrfabrik sind in den letzten Jahrzehnten bedeutend vergrößert und erweitert worden. Dementsprechend ist auch die Einwohnerzahl innerhalb der letzten 30 Jahre von 7000 auf 12 200 angewachsen.



Blick auf die St.-Georgs-Kirche



Heilige Quelle, Wallfahrtskirche am See



Wallfahrtskirche



Arno Holz

Geschäftliche Mitteilungen.

Pflaumen und Zucker, nährhafte Stoffe, die die Wissenschaft fähig als Nährzubehalten propagiert, sind die einzigen Bestandteile des garantiert reinen Pflaumenmehls, das die Konfektfabrik Heinrich Edstein, Magdeburg-Nr. 450, die fähig in unserem Blatte infiziert, herstellt. War früher Pflaumenmehl ein begehrtes Aufstrichmittel, so ist es heute noch in reichstem Maßgrade dazu geeignet ein Volksnahrungsmittel zu werden. Neben seinem großen Nährwert und gutem Geschmack hat Pflaumenmehl den Vorteil der Preiswürdigkeit gegenüber den anderen Aufstrichmitteln wie Butter usw.

Problemen Sie bitte einmal „Edstein-Pflaumenmehl“ und auch Sie werden sich bald zu den fast 200 000 zufriedenen Kunden zählen.



Silber-Bestecke
ohne Anzahlung gegen
baugemeine Monatsraten.
E. & C. HARTOPF
Mazchata-Sohlagen 44
Silberwaren-Fabrik
a. Silberwaren
Gegründet 1835.
Katalog gratis u. Franko.



Tafel-Bestecke
12 MONATS-RATEN
Raddatz
Berlin, Leipzigerstr. 102-103

Abessinierbrunnen
kann jeder selbst aufstellen. Mancheschen u. Klappen oov. sämtliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.
Illustrierte Preisliste gratis.
A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin N 306, Chausseestraße 88



Die eragte Pianofabrik H. Graf liefert ihre mit gold. Mecl. ausgezeigten Pianos direkt an Bestm. Vollpianos-Erden, lang. Gar. Baubis erh. Sonderer. Preislaus Liefer., ganz geringe Monatsrat. Kat. H. B. Bieding, v. Fabrik H. Graf, Augustaberg 1. Bz. Bz.

Meister-Instrumente

Hans Lantke Schenfeld bei Sandas (Elbe) über Schönhausen. Neustädtlich singer. Haushaltungspension in herrl. Waldg. bietet 10 Jg. Mädchen ein gemütl. Heim, in dem ihnen nat. grdl. hausw. Ausbildg. Geleghen. gebot. wird, sich in Liter., Klav., u. deutsch. Sprache zu vervollkommen u. Lehrer, Vorles., staatsrechtl. Prosp. geg. Rückporto.



Sympatizah
Kl.-bt. leind. K. H. H. J. Alley

Ohne Anzahlung Teppiche
Sprechapparate Diskrete Abwicklung. Vers. Sie sofort bemusternde Offerte, Versand nach auswärts frachtfrei.
Deutsche Teppich-Vertriebs Ges. m. b. H.
Berlin W. 8. Kronenstr. 66/67
Beamt. 5%, Rabatt.

Briefmarkensammler
verlangt sof. Probennummer einer größten Fachschrift mit wertvoll. Mitteilungen
„Die Post“ Berlin N 18
Friedrichstraße 131 d

Kauft bei den Inserenten
„BACCHUS“ WEIN-SCHRÄNKE PREISLISTE GRATIS JOH. NIC. DEHLER COBURG 14

Creme Leodor

Vier wichtige Verwendungsmöglichkeiten:

Bei Sonnenbrand in Creme Leodor ein wundervoll kühlendes Mittel gegen schmerzhaftes Brennen der Haut.

Bei Insektenstichen verleiht Creme Leodor, die aufgetragen, schmerzhaftes Anschwellen und Juckreiz.

Als Puderunterlage liefert Creme Leodor mit ihrem dezenten Blüthengeruch vorzügliche Dienste.

Bei roten Händen und unehöner Hautfarbe verleiht die feineip. weiße Creme Leodor den Händen und dem Gesicht jenen matten Teint, wie er bei vornehmten Dame erwünscht ist.

Tube 60 Pf. und 1.- M. die dazugehörige Leodor-Seite 60 Pf. In allen Chloroform-Verkaufsstellen zu haben.

10 Unterhaltungssromane

in Ganzleinen gebunden auf bestem holzfreiem Papier (**Ungetürzte Ausgaben**) nur RM. 20.— jährlich auch in Monatsraten von 3RM.

1. Clara Diebig, Dieletanten des Lebens. In diesem spannenben Roman erleben wir eine sich täglich im Leben abspielende Handlung. 278 Seiten.
2. Freiherr von Ompteda, Denke de Montmil. Ein treffliches Bild aus der Pariser Gesellschaft und dem Leben und Treiben auf den Gütern. 336 Seiten.
3. Richard Vogt, Pallane. Die dramatische Wiedergabe einer zerstückelten Ehe aus der Feder eines vorzüglichen Erzählers. 250 Seiten.
4. Emilia Gato, Der Saug von Doris. Vielgeleht und lesbar ist dieser Roman, ein Meisterstück des romanischen Erzählens. 411 Seiten.
5. Georg Felsbach, Die Hundst. nach Hesperien! Die Nabelpreislehrgerin von 1927 schenkt uns hier ein Bild von tiefer Menschlichkeit. 211 Seiten.
6. Olga Wohlbrück, Du sollst ein Mann sein. Die Liebe des jungen Mannes zur reifen Frau ist das Motiv dieses mit stark. Handlung gefesselten Buches. 392 Seiten.
7. Theodor Fontane, Jenni Teichel und Eline. In diesem Bande sind 2 der besten Werke des beliebten Dichters vereinigt. 311 Seiten.
8. J. W. zur Meege, Mabels. Ein auf staunenden Gütern spielender Gesellschaftsroman. 374 Seiten.
9. Albertfeld-Ballestrom, Geliebtelein. Ein Buch der Freude für deutsche Mädchen und Frauen. 246 Seiten.
10. Emilia Jola, Die Sünden des Abbe Maurer. Dieser Roman schließt im epischen Aufbau die Fabelspüligkeit der menschlichen Seele. 482 Seiten.

Wir liefern porto- und verpackungsfrei!

Deutsche Beamten- u. Buchhandlung

Anfall des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes
Bestellzettel: Ich bestelle bei der Deutschen Beamten-Buchhandlung, Buchvertrieb des Beamtenchriftens-Verlages G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240-241, Abteilung II, Bergmann 2450:
gegen Monatsraten 4.— der ganze Betrag
— die erste Rate — folgt gleichzeitl. — folgt auf Verhöfaktens der Deutschen Beamten-Zentralbank Berlin 8278 — folgt am (Erfüllungsart: Berlin-Witte).

Name und Gland

Ort und Datum

42000 Bezieher
die sich in Reich, Ländern, Gemeinden fahrend betätigen
22000 Lehrer aller Gattungen
10000 Auslandsdeutsche
3000 Prominente aus dem politischen, wissenschaftlichen und geistigen Leben
2000 Amtsstuben, Konferenzsimmern, Lesesäle
Dazu etwa 5000

Weit über 42000 Leser
mit bestem Einkommen, und daher genügend kaufkräftig, werden vom
Heimatdienst regelmäßig erfaßt

Büder, Reise, Verkehrs- u. Geschäftsanzeigen haben in „Heimatdienst“ durchschlagenden Erfolg!

Der Heimatdienst

hat seinen Bezugspreis seit I. Januar 1926 nicht erhöht.

Trotzdem inzwischen

die Papierpreise . . . um 80 Prozent
die Druckpreise . . . um 25 Prozent
die Versandkosten um 50 Prozent

also die reinen Herstellungskosten um ca. 60 Prozent gestiegen sind. Dazu kommt eine wesentliche Bereicherung des Inhalts, sowohl des Textes als auch der Bilder.

Der Verlag sieht sich also vor die Notwendigkeit gestellt, den Bezugspreis den heutigen Gesteuerungskosten anzugleichen.

Ab 1. Oktober 1929 erhöhen wir den Bezugspreis
von 1.25 RM auf 1.80 RM für 1 Vierteljahr
von 5.00 RM auf 7.20 RM für 1 Jahr
Das Einzelexemplar kostet 0.40 RM

Wir hoffen zuversichtlich, daß diese Erhöhung allgemein als gerechtfertigt anerkannt und getragen wird.

Die Leistungsfähigkeit einer Zeitschrift steigt mit der Bezieherzahl. Darum bitten wir unsere Leser und Freunde für uns werbend tätig zu sein. Benutzen Sie den beigegefügt Bestellschein, um uns Adressen aufzugeben, an die wir

Probenummern

senden sollen.

Bevorzugen Sie die

Inserenten

des Heimatdienstes bei Ihren Anschaffungen.

Ich bitte Probenummern der Zeitschrift
„DER HEIMATDIENST“
unverbindlich mit Bezugnahme auf mich an nachstehende
Adressen zu senden.

1. _____

2. _____

3. _____

Ort: _____ Name: _____

Datum: _____ Beruf: _____

Zentralverlag GmbH, Berlin W 35, Potsdamer Str. 41



Siehe gebildet
Größe 45-48-50-52
Schnelle Qualitäten
Echt Appretierwerk
Wasserschleichen
Aussere Ausschalter
Preis 70,- ab 70,-
Nur 2 Jahre Garantie
oder billiger als
in jedem Laden
Schaffhausen
Erich Hiltmann
K.O.A., München 2,
Präsidentstraße.

2
AUBER
TON
MOOREN-RATE
2
ANZAHL
-
PREIS 70,-

Deutsche Sprachmaschinen Central-ABK
Berlin 104 (Hardenbergstr.) Berlin 104 (Hardenbergstr.)

Nur 5 Mark

Komplettes Küchenbesteck
6 Essstäbchen
6 Essgabeln
6 Kaffeelöffel
6 Teilmesser
1 Brotmesser
1 Küchenmesser
1 Messerschärfstein
1 H. Besteckkorb
1 Löffel u. Gabel feil
polierter Martinstahl,
verziert m. silberähnlichem
Glanz, Messer
im Stahl, 28 Gegenstände
nur M. 5,- u.
Porto geg. Nach-Garantie,
Zurücknahme, Katalog
unserer Waren gratis u. franko,
Halbes-Jahr u. Versand
E. von den Str. u. Cio.
Wald-Söllingen 49

Sonder-Angebot

Bouclé-Teppiche	Axminster-Teppiche	Velour-Teppiche
ca. 140x200 RM 31 - 179x250 - 49 - 200x300 - 65 - 250x350 - 100	ca. 140x200 RM 31 - 179x250 41 - 200x300 - 61 - 250x350 96	ca. 140x200 RM 38 - 179x250 54 - 200x300 80 - 250x350 121

Unicolor, Oranbl., Jaspe-Moire, Tisch- und Inland-Läufer, Druck und Inland-Läufer, Vorläufer u. Teppiche

LINOLEUM
Tischdecken von RM 7,- an
Divandecken von - 17,- an

TREPPENLAUFER
LEPPICH OGEL

Gründet 1899 Berlin-Potsdamer-Str. 14 Nahe Potsd. Platz
Bei Barzahlung 7% Kasse-Rabatt auf Originalpreise, ausgenommen Linoleum- und Marken-Artikel!

Moselwein . . . ?
dann nur von der Quelle!

Weinkeller 5 Schmitzen
Berecstet 60 (Moos)
Laufende Anerkennungen!

Teilsahlungen!

Gelogenheitskauf!
1928er Markgräberwäin
a. Fl. 1.25, 1928er Bern-
casteler Hold a. Fl. 1.45,
als Postposten, aprilreifer
u. köstlich. Moselweine
L. Kisten m. 15, 25, 30 u.
50 Fl. Glas u. Kiste
bittwies oder 0.20 p. Fl.
ferner: Rotwels, 1,25 / Bower-
wein 1,-, Hof, bestellen
und Preislisten verlangen!

Wolfgang 5a Pöchlitz 11

Im Heimdienst
laufend inserieren, heißt:
großen Gewinn erzielen!

OHNE DIÄT
In 10 bis 14 Tagen
20 Pfund leichter
geworden durch ein einf.
Mittel, welches jed. gering-
kostenl. mittell. Frau Karla
Maas, Bremen, B. K. 98.

Möbel
weil gut und billig nur bei
Winterfeld,
Große Frankfurter Str. Nr. 29,
Haltstelle: Andreasstraße.

Kugelkäse
rot, gesunde Ware o. Abfall
3 Kgl. = 9 Pfd. 4,20
200 Harklöse . . . 4,20
100 Hrk. u. 1 Kgl. 4,20
K. Seibald, Neustadt (Halden) Nr. 5/17

Senden Sie mir
Ihre Adresse,
bis Mk. 25.- tägl.
können Sie verdienen durch
Heimarbeit etc.
H. Lertzen, Mannheim, 309

Rhein-Weine
nur direkt von
Erich Müller
Verkauf u. Versand
Nierstein a. Rhein
(Gnh. d. F. Weingut
Geschw. Strub).

Wolfgang 5a Pöchlitz 11

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft
(vorm. Gedevag, Kosmos u. Selbsthilfe)

Aktienkapital 5 Millionen RM.
Reserven über 4 Millionen RM.
Versichertenbestand über 400 000

Krankenversicherung mit Gewinnbeteiligung!
Vertragsgesellschaft vieler großer Verbände

Vollständig freie Arztwahl!
Kein Krankenschein und keine Krankmeldung!
Keine ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme!
Hohe Leistungen bei Arzt-, Arznei-, Operations- und Krankenhauskosten!
Zahnbehandlung und Zahnersatz!
Wochenhilfe! Hohes Sterbegeld!
Bei Unfall sofort Anspruch auf die Leistungen!

Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Prospekt und Aufnahmeschein durch
OTTO MACK, Berlin O17
Am Ostbahnhof 12

Zeitgemässe Möbel
zu unerhört billigen Preisen
nur im
größten Möbelhaus
des
Südostens
Moritz Hirschowitz,
Skaltitzer Str. 25
Hochbahn Kottbusser Tor

Nähe Markthalle
Andreasstr.30

Nur Zivil- und Staatsbeamten

Hefern wir seit 1884 direkt ab unser Fabrik

Oberbetten

Unterbetten, Pflanz- und Kissen, Bettfedern und Daunenn

streng diskret, gegen 9 Monate Ziel, ohne Anzahlung und monatliche Ratezahlung.
Erste Rate 1 Monat nach Lieferung.
Jedes Bett wird für jeden Kunden nach ge-
treuester Wahl besonders angefertigt.

Minderwertige Ware
führen wir nicht.

12. anti-matarieller Bestätigung:

- Über 400 000 Kunden in mehr als 10 000 Orten.
- Über 100 000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.
- Viele Kunden schreiben, daß solche gute Betten am eigenen Platz zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.

Gebr. Passmann A.-G.
Kölln 149, Trierer Straße 13.
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands.
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste, die sich werden bestimmt unser Kunde.